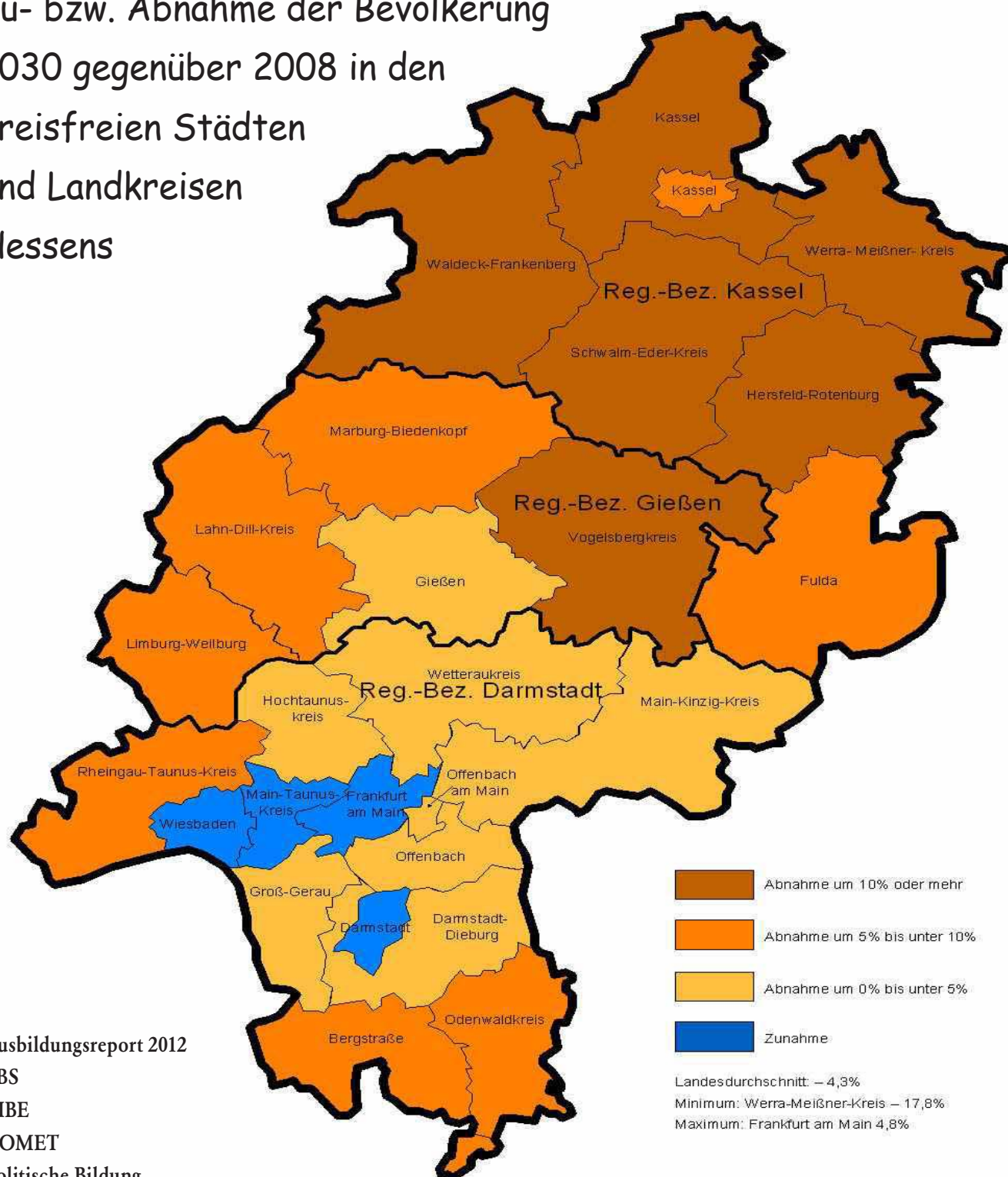


Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung 2030 gegenüber 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Hessens



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Das Jahr 2012 ist vorüber, Anlass genug, mal danach zu fragen, was sich im Bereich der beruflichen Schulen so getan hat.

Da ist zunächst und als Hauptveränderung die „Selbstständige Schule“ (SBS) zu nennen. Nachdem das Modellprojekt SV+ ausgelaufen war wurde durch Änderung des Schulgesetzes die Möglichkeit geschaffen, dass sich berufliche Schulen in SBS-Schulen umwandeln konnten. Neben den 17 SV+-Schulen stellten zum Jahresbeginn zunächst 17 weitere Schulen einen Antrag zur Umwandlung, im September kam gerade noch eine dazu, so dass inzwischen 35 von 108 Staatlichen Beruflichen Schulen SBS-Schulen sind. So attraktiv, wie immer offiziell behauptet, scheint das Modell der Selbstständigen Schule unter den vorgegebenen Bedingungen nun doch nicht zu sein (vgl. auch den Beitrag auf S. 14/15).

Die **Lehrerstellen-Zuweisung** ist nach wie vor ein absolut umstrittenes Feld. Pochen GEW, glb und die Arbeitsgemeinschaft der Direktor/innen an beruflichen Schulen nach wie vor und mit Recht auf eine Grundunterrichtsversorgung, welche die erforderlichen Unterrichtsstunden einschließlich der notwendigen Teilun-

gen in den verschiedenen Schulformen der beruflichen Schulen beinhaltet, versucht das HKM trickreich, den Bedarf an Lehrerstellen rechnerisch zu reduzieren. So geschehen mit dem nicht erteilten Religionsunterricht oder der erlasslichen Maßgabe, mehrjährige Bildungsgänge zu schließen, wenn sie im zweiten Jahr nicht mehr die vorgegebene Mindestklassengrößen erreichen.

Und was vernimmt man von „unserer“ **Berufsschulabteilung** im HKM? Sie scheint insbesondere in ihrer Leitung abgetaucht und ist so gut wie nicht mehr wahrzunehmen. Eine starke und selbstbewusste Positionierung im von Allgemeinbildnern dominierten HKM sieht wahrlich anders aus!

In 2013 sind **Neuwahlen** zum Landtag. Lasst uns sehr genau analysieren, was die politischen Parteien in ihren Wahlprogrammen zu den beruflichen Schulen und der Beruflichen Bildung und darüber hinaus sagen, zur vollschulischen Berufsausbildung, zum sog. Übergangssystem, zur Selbstständigen Schule, zur Lehrerfortbildung, zur Weiterentwicklung beruflicher Schulen, zu Produktionsschulen etc. Und, lasst uns darauf Einfluss nehmen, in all den Zusammenhängen, in denen dies geht!

In diesem Sinne grüßt Euch
Euer

Dieter Freid

INHALTSVERZEICHNIS

Übergabe im Landtag	3
news	4
Niemanden zurücklassen	6
Dänemarkbesuch	9
Zum Elend des Politikunterrichts	10
Ausbildungsreport 2012	12
Symposium Rückblick	14
SBS allgemein	16
Übergänge in beruflichen Lebensräumen	18
hprll-intern	20
Kleine Anfrage zu EIBE	22
Zum Projekt EIBE	23
Neue Publikationen	24
vhu-Innovationspreis	25
KOMET	26
Nachhaltige Entwicklung	28
Puls-Suchtprävention	30
Das neue Fachkonzept	
BvB Pro	32
Termine	32



„In einer hierarchischen Organisation pflegt jeder Beschäftigte so lange aufzusteigen, bis er einen Posten erreicht hat, für den ihm die Kompetenz fehlt“

(Laurence J. Peter)

Pressemitteilung Nr. 2/2012

Die Aufstiegsmöglichkeiten für den Fachlehrer an beruflichen Schulen müssen an das heutige Anforderungsprofil angeglichen werden! Auf diese Forderung verwies kürzlich eine Abordnung der Arbeitsgemeinschaft „Netzwerk der Koordinatorinnen und Koordinatoren für Fachpraxis an beruflichen Schulen in Mittelhessen“ im Gespräch mit Vertretern des Hessischen Kultusministeriums (HKM) in Wiesbaden und konnte dabei mit etlichen Nachweisen die Notwendigkeit solch einer Umsetzung belegen. Das HKM vertraten der Abteilungsleiter für Berufliche Schulen Dieter Wolf und Referatsleiter Harald Persch.

Fachlehrer(innen) für arbeitstechnische Fächer erteilen fachpraktischen Unterricht an den beruflichen Schulen, die Koordinator(inn)en übernehmen zusätzlich organisatorische Aufgaben. Das derzeitige Betätigungsfeld hat sich mit den heutigen Anforderungen weiterentwickelt und führte zu einem fachspezifisch wesentlich umfangreicheren Unterrichtseinsatz, sei es u. a. der Mittelstufeneinsatz, E-Learning, Projektunterricht aber auch zur Übernahme von speziellen Funktionen im Schulleben bzw. zur Mitarbeit in der Schulleitung.

Mit 2500 Unterstützer-Unterschriften und einem Plakat im Gepäck fand sich nun ein 6-köpfiges Sprecherteam unter der Leitung von Sandra Thiesen-Meinhold (Limburg) und Siegfried Groß (Marburg) beim HKM in Wiesbaden ein, um eine entsprechende Resolution zu übergeben (s. insider 3-2012).

Die Anfang dieses Jahres gebildete Arbeitsgemeinschaft versteht sich als Interessensvertretung der circa 1200

Fachpraxislehrkräfte in Hessen.

Beamtenrecht und die Besoldung müssen endlich an die immer komplexer werdenden Anforderungsprofile und Tätigkeitsmerkmale dieser Lehrkräfte angepasst werden, so das Sprecherteam beim offiziellen Gesprächstermin mit den HKM-Vertretern.

Kernforderungen der Resolution sind demnach die Weiterqualifizierung und Durchlässigkeit in den höheren Dienst, die Vereinheitlichung der Abschlussqualifikation in den einzelnen Berufsfeldern analog zur Meister- und Technikerprüfung sowie die Aufstiegsbeförderung von Fachlehrer(inne)n und Koordinator(inn)en.

Unterstützung erfährt die Resolution nicht nur von betroffenen Lehrkräften, sondern von vielen Personalräten und kompletten Schulleitungen beruflicher Schulen aus allen Regionen Hessens, den Gewerkschaften und Verbänden GEW und GLB sowie der „AG der Direktorinnen und Direktoren der Beruflichen Schulen Hessens“.

HKM Abteilungsleiter Dieter Wolf machte auf die Schuldenbremse des Landes aufmerksam, hielt aber die

Forderungen der Arbeitsgemeinschaft für berechtigt. Er schlug beim intensiven aber doch kurzen Meinungsaustausch ein weiteres ausführliches Gespräch mit ihm dazu vor, in dem Detailfragen erörtert werden sollen.

Bei einem anschließenden informellen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des kulturpolitischen Ausschusses wurden die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft und deren Umsetzungsmöglichkeiten nochmals dargestellt und diskutiert. Die anwesenden Vertreter aller Landtagsfraktionen – MdL Wagner (Bündnis 90/Die Grünen), MdL Klein und MdL Ravensburg (CDU), MdL Döweling und MdL Reuscher (FDP), MdL Cardenas (Die Linke) und ein Fraktionsmitarbeiter als Vertreter für MdL Dr. Reuter (SPD) – sagten zu, die Anliegen der AG im Landtagsausschuss zu prüfen.

„Was immer das auch heißen mag,“ so Siegfried Groß, „wir empfinden diese beiden Termine als kleinen Erfolg – wohl wissend, dass es noch ein weiter Weg sein wird mit viel Gesprächs- und Klärungsbedarf, diese Forderungen in den Hauptpunkten verwirklichen zu können.“



Die Sprecherguppe vor dem Landtag

Lehrerfortbildung

Seit dem Schuljahr 2005/06 gibt das IQ jährlich eine Broschüre „Die hessische Fortbildungslandschaft“ heraus, in der die Fortbildungsaktivitäten in den einzelnen Bereichen dokumentiert werden. Mit diesem Jahr wird diese Reihe ohne öffentliche Erklärung eingestellt. Betrachtet man sich die Entwicklung des hess. Lehrerfortbildungsmarktes, so wird diese Einstellung plausibel.

Die Zahl der jährlich an Fortbildungen teilnehmenden Lehrkräfte ist binnen 3 Berichtsjahren von 191.000 auf nunmehr 130.000 Teilnahmen zusammengeschnitten. Nach Ausführungen der offiziellen Zeitschrift „Schulverwaltung 9/2011“ kann mittlerweile von einer Halbierung der Teilnahmen in der hess. Lehrerfortbildung ausgegangen werden. Ebenso erschreckend ist der Rückgang von Anbietern von Lehrerfortbildungen: Waren es im Schuljahr 2006/07 noch 2.522 Anbieter, so lag deren Zahl im Schuljahr 2009/10 gerade einmal bei 1.270 Anbietern – auch hier eine Halbierung.

Dieser fatale Trend zeigt sich ebenso im Verhältnis der angebotenen zu den stattgefundenen Fortbildungen.

Eine ausführliche und transparente Dokumentation des IST-Zustandes zur hess. Lehrerfortbildung ist unabdingbare Voraussetzung für die Bewertung der aktuellen Situation und für ein notwendiges Gegensteuern. Die GEW-Hessen hat deshalb mit Datum 10.10.2012 ein entsprechendes Schreiben an das IQ gerichtet.

Referendarseinstellung

Im Einstellungsbericht des Kultusministeriums zur Einstellung in den hess. Vorbereitungsdienst zum 01.11.2012 ist Erstaunliches zu lesen:

„Als problematisch stellte sich im Laufe des Einstellungsverfahrens heraus, dass Schulen zunächst signalisierte Aufnahmemöglichkeiten zurückgezogen haben und so die Studienseminare für die ihnen zugewiesenen LiV keine Ausbildungsschulen finden konnten.... Hierbei wurde insbesondere auf die Erhöhung der Anrechnungsstunden für die LiV verwiesen. ... Es gibt bereits Hinweise, dass zum nächsten Einstellungstermin vermehrt die Aufnahme von LiV abgelehnt werden wird, da diese durch die hohen Anrechnungsstunden geplante Einstellungsmöglichkeiten für fertig ausgebildete Lehrkräfte blockieren bzw. zu Abordnungen/Versetzungen des Stammpersonals führen würde.“

Dieses Problem hatte die GEW Hessen schon frühzeitig prognostiziert. Mal sehen, was die Ministerin nun macht!

Qualifizierungsoffensive

Unter diesem Titel führt das Hess. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Programme zur beruflichen Bildung. Stichworte: Berufsausbildung in Hessen, Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen, IAB-Betriebspanel, Informationssystem Weiterbildung, regio pro- Instrument zur Fachkräftesicherung, Hess. Weiterbildungsbank. Alle

Programme stehen als Download unter www.wirtschaft.hessen.de.

Das Lehrerportal zur sozioökonomischen Bildung Böckler Stiftung

Wir bieten aktuelle Materialien für den sozioökonomischen Unterricht in Sekundarstufe I und II: didaktisch aufbereitete Unterrichtseinheiten, Themenhefte zu ausgewählten aktuellen Themen, anschauliche Grafiken und Artikel zu neuesten Forschungsergebnissen. Alle Materialien sind kostenlos verfügbar. www.boeckler.de

Ausbildungsberichterstattung in Hessen

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) ist ein Projekt, das dazu beitragen soll, das Ausbildungsgeschehen in Hessen und seinen Regionen transparenter zu machen. Der Fokus der iABE liegt auf den Qualifizierungswegen, die Jugendlichen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen offen stehen.

Mit der iABE wurde ein innovativer Weg in der Berichterstattung eingeschlagen. Statistiken, die bislang nur isoliert nebeneinander standen und jeweils Teilaspekte des Ausbildungsgeschehens darstellten, werden erstmals – unter Bereinigung von Doppelerfassungen – in einer Übersicht vereint.

Aus den Daten der iABE wird er-

sichtlich, wie viele Bildungsteilnehmer sich insgesamt im Ausbildungssystem befinden und wie viele Jugendliche jährlich in dieses System einmünden. Es kann quantifiziert werden, wie viele Jugendliche Hilfestellungen beim Übergang in Ausbildung in Anspruch nehmen. Ferner liefert die iABE Erkenntnisse zum Verbleib eines Schulentlassenenjahrgangs und zur Herkunft der Anfänger im Ausbildungssystem. Damit bietet die iABE Akteuren auf Landesebene sowie im regionalen Bereich Informationen für bildungsrelevante Aufgaben. Alle Veröffentlichungen zur iABE finden Sie auf der Homepage des Statistischen Landesamtes (www.statistik-hessen.de) in der Rubrik „Bildung, Kultur, Rechtspflege (Landesdaten)“ und dem Punkt „Projekte zur integrierten Ausbildungsberichterstattung“.

Architektensprache

Nicht nur Pädagogen haben eine eigene Sprache, sondern auch und vor allem die Architekten, was zu beweisen ist. Zu einem Neubau der Werner-von-Siemens-Schule in Bochum kann man in einem Heft „Innovative Fas-

sadentechnik“ von 8/2012 folgendes lesen:

„Der Neubau des Ganztagesbereiches der Werner-von-Siemens-Schule knüpft an die Architektur der Bestandsgebäude aus den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts an und übersetzt diese in eine zeitgemäße Architektursprache.“

Der für ca. 100 Schüler ausgelegte Speiseraum ist mit einer großzügigen Verglasung zum Schulhof versehen. Der Eindruck des fließenden Übergangs zum Schulhof wird mit einem seriellen Farbkonzept aus fünf Grüntönen gesteigert. Rhythmisch gestaltete Wandflächen gehen scheinbar nahtlos in den grünen Außenbereich über. Heiter entwickelt sich die Wirkung des Speiseraumes über das Treppenhaus hinweg bis in den Spielflur des Obergeschosses. Die Klassenräume für die Ganztagesbetreuung und das ergänzende Lehrerzimmer hingegen bieten den notwendigen Kontrapunkt. Von außen betrachtet steht das farbige Interieur kontrastreich zur kühlen Außenwirkung der Fassade. Es war erklärtes Ziel, ein ästhetisch anspruchsvolles Gebäude zu realisieren.“

Beim Anblick des Gebäudes im Kontrast zur Beschreibung bleibt

mir als gelerntem Architekten und Pädagogen die Spucke weg!

Jugend rückt nach rechts

Nach einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich rechtsextremes Gedankengut insbesondere in Ostdeutschland stark ausgebreitet. So stieg die Zahl der Bürgerinnen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild in den neuen Bundesländern im Vergleich zu 2010 von 10,5 auf 15,8 Prozent. Und noch etwas sei dramatisch: Unter den Vierzehn- bis Dreißigjährigen sei die Zustimmung zu einer Diktatur, zu Sozialdarwinismus oder zur Verharmlosung des Nationalsozialismus deutlich weiter verbreitet als bei Menschen über 60 Jahren.

Die Studie „Die Mitte im Umbruch“ gibt es unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Gehaltsschere

Obwohl die Wirtschaft seit 2005 um mehr als 10 Prozent gewachsen sei, habe ein Großteil der deutschen Arbeitnehmer seither sinkende Reallöhne hinnehmen müssen. Die Gehälter von Fachkräften mit Hochschulabschluss sowie von Facharbeitern und Sachbearbeitern sind zwischen 2005 und 2011 um sechs Prozent gestiegen. Inflationbereinigt bedeutet dies ein Minus von vier Prozent. Dagegen verdienen Führungskräfte rund 14 Prozent mehr, der reale Zuwachs nach Abzug der Inflationsrate liegt bei vier Prozent. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Hamburger Beratungsunternehmens Personalmarkt. Ausgewertet wurden mehr als 1,6 Millionen Gehaltsdaten aus der deutschen Wirtschaft.

*Quelle: DE vom 10.11.2012
Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt*



NIEMANDEN ZURÜCKKLASSEN!

FÜR EIN UMDENKEN IN DER BERUFSBILDUNGSPOLITIK

Matthias Körner, DGB Hessen

Das deutsche duale Ausbildungssystem gilt zu Recht als wesentlicher Beitrag für die im internationalen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit und den hohen Ausbildungsstandard weiter Teile der Erwerbsbevölkerung. Wird nach dem „eigentlichen Beruf“ gefragt, dann ist am häufigsten die erste Berufsausbildung gemeint und diese prägt auch häufig das individuelle Selbstverständnis. Kein Bildungsbereich ist so eng mit der Identitätsbildung über Berufe verbunden wie die duale Berufsausbildung. Das Absolvieren einer Berufsausbildung ist nach wie vor der häufigste Zugang zu einem Berufsabschluss. Selbst in den schlimmsten Ausbildungskrisen der neunziger Jahre haben stets um die 60 Prozent der Jahrgänge eine Berufsausbildung im dualen System absolviert. Das bedeutet nichts anderes, als dass deutlich über die Hälfte der Menschen irgendwann in ihrem Leben im klassischen Sinne einen „Beruf erlernen“. In Hessen werden etwa 40.000 Auszubildende jährlich neu abgeschlossen.

Bei einem System dieser Bedeutung und Verbreitung verwundert es nicht, dass Fragen rund um die Berufsbildung stets von teils erbittert geführten Debatten begleitet werden. Zu Recht stand in den letzten beiden Jahrzehnten der fast dauerhafte Ausbildungsplatzmangel im Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verschiebt sich derzeit die Aufmerksamkeit auf die Frage, welchen Beitrag das duale System bei der Abwendung eines drohenden Fachkräftemangels leisten kann.

Zwischen Praxisnähe und Konjunkturabhängigkeit

Die spezifische Organisation des dualen Systems – nämlich die Gleichzeitigkeit von schulischen und praktischen Lerneinheiten – weist Vorteile auf: Der hohe Anteil von Bildungsabschnitten im Betrieb sorgt für eine große Nähe zur aktuellen betrieblichen Praxis und stellt eine unmittelbare Anbindung an den Stand der Technik sicher. Der größere Teil der Ausbildungsbetriebe steht mit seinen Produkten und Dienstleistungen unmittelbar im Wettbewerb. Anders als bei den staatlich geplanten rein schulischen Ausbildungen verringert sich die Zahl von Ausbildungsplätzen in aussterbenden Branchen damit gewissermaßen von allein.

Zugleich ist diese Nähe zum Wettbewerb jedoch auch der größte Nachteil des dualen Ausbildungssystems. Als einziger Bildungsbereich wird die Kapazität nicht am Bedarf der Ausbildungssuchenden, sondern über wirtschaftliche Entscheidungen beziehungsweise die konjunkturelle Entwicklung gesteuert. Die für alle anderen Bildungsbereiche unvorstellbare Situation, dass eine Nachfrage nach einer Schulausbildung mit dem Verweis auf eine vielleicht bessere konjunkturelle Situation im kommenden Jahr abschlägig beantwortet wird – in der betrieblichen Berufsausbildung ist sie gang und gäbe. Diese Einschränkung ist für ein Bildungssystem dieser Bedeutung vor allem im internationalen Vergleich eher ungewöhnlich. In dieser Schwäche dürfte auch der Grund dafür zu finden sein, dass viele Nationen in den letzten Jahren Ausbildungssysteme geschaffen haben, die zwar die Parallelität des bundesdeutschen Systems übernommen haben, aber die

Entscheidung über Kapazität und Inhalte lieber im Bereich von Politik und Bildungsverwaltung ansiedeln, als sie konjunkturabhängigen betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu überlassen.

Der Ausbildungsmarkt – Nur durch staatliches Handeln akzeptabel

In den letzten Jahren war der Ausbildungsmarkt durch einen mehr oder weniger starken Ausbildungsplatzmangel gekennzeichnet. Regelmäßig lag die Zahl angebotener Ausbildungsplätze deutlich unterhalb der Zahl ausbildungssuchender Jugendlicher. Jahr für Jahr blieben zwischen drei- und fünftausend Jugendliche ohne den gewünschten Ausbildungsplatz. Nicht zuletzt sind die 140.000 Hessen zwischen zwanzig und dreißig Jahren ohne Berufsqualifikation eine der Folgen der angespannten Ausbildungsmärkte der letzten zwei Jahrzehnte. Eine Situation, die völlig inakzeptabel ist, da sie jungen Menschen den Start in das Berufsleben erschwert oder sogar verbaut, aber auch eine erhebliche finanzielle staatliche Mehrbelastung bedeutet.

Mit wechselnder Intensität hat die Politik deshalb versucht, die Zahl unbeschäftigter Jugendlicher einzudämmen und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen Alternativen anzubieten. Das hat zu einer bis heute großen Zahl außerbetrieblicher Einrichtungen geführt, die vollständig durch die öffentliche Hand getragen sind. Ein erheblicher Teil der Plätze, mit denen sich die ausbildende Wirtschaft in ihren jährlichen Bilanzen rühmt, sind de facto also gar nicht in der Wirtschaft entstanden, sondern

Ergebnis staatlichen Handelns. Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung sind in Hessen fast ein Zehntel aller Ausbildungsplätze überwiegend öffentlich finanziert.

Noch bedeutender ist der Beitrag, der durch die Länder mit den Schulen des so genannten Übergangssystems geleistet wird – rund ein Drittel der ausbildungssuchenden Jugendlichen jedes Jahrgangs besucht zunächst eine der Schulen des Übergangssystems

Drohender Fachkräftemangel erfordert Umdenken

Die demografische Entwicklung droht in einen langfristigen Fachkräftemangel zu münden. Gegensteuern lässt sich nur, wenn in allen Bildungsbereichen – und damit auch in der beruflichen Bildung – das Prinzip der Auslese vom Prinzip der Maximalförderung abgelöst wird. Schon in kurzer Zeit muss das Gesamtsystem der beruflichen Bildung in der Lage sein, jedem Jugendlichen einen Berufsbildungsabschluss zu verschaffen.

Da die Anforderungen der Arbeitswelt in allen Branchen in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen werden, ist der noch vor Jahren propagierte Ausbau theoriegeminderter Berufe kein Ausweg. Im Gegenteil: Bei steigenden Anforderungen der Berufsbilder müssen auch die Jugendliche zu einem Abschluss geführt werden, die in den großen Ausbildungsmarktkrisen keine Chance auf einen Ausbildungsplatz gehabt hätten. Wenn Bildungspolitik dieser Herausforderung begegnen will, dann darf die demografische Entwicklung nicht als Einladung zum Streichen von Ausbildungsmarktprogrammen verstanden werden.

Anforderungen an eine neue Berufsbildungspolitik für Hessen

In Hessen ist eine Verbesserung und Straffung des Übergangs in den Beruf überfällig. Die wirksam werdende Berufsbildungspolitik des Landes ist seit Jahren im Wesentlichen nicht über Appelle und Verantwortungszuschreibungen hinausgekommen. Hessen droht hier gegenüber anderen Bundesländern ins Hintertreffen zu geraten, die entschlossene Reformprojekte mit sichtbaren Erfolgen angestoßen haben.

1. Für ein Recht auf eine Berufsqualifikation

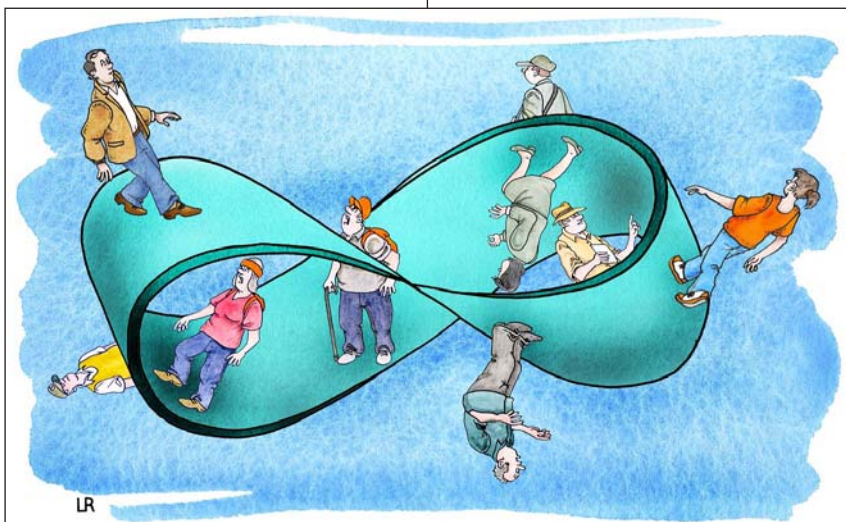
An einigen Stellen der Bildungskarriere gibt die Gesellschaft gegenüber ihren Kindern und Jugendlichen

ein Versprechen ab: Nach Erreichen bestimmter definierter Voraussetzungen (Schulreife, bestimmte Abschlüsse usw.) ist der Zugang zur nächsten Stufe gesichert. Eine vergleichbare Garantie gibt es in der beruflichen Bildung nicht. Das System der beruflichen Bildung muss eine Antwort darauf geben, welche Wege es anbieten kann, falls es mit einem Einstieg nicht klappt oder wenn Wege unterbrochen werden. Es wird eine Definition benötigt, welches Mindestmaß an Berufsqualifikation das System vermittelt, wenn der Idealweg nicht klappt.

2. Allgemeinbildende Schulen fördern – Ausbildungsreife und Berufswahlfähigkeit herstellen

Die Existenz vieler Schulen des Übergangssystems wird nach wie vor mit der großen Zahl nicht ausbildungsreifer Jugendlicher begründet. Den beruflichen Schulen wird damit nicht nur die Rolle der Kompensation des Ausbildungsmarktes, sondern auch die Funktion eines „Reparaturbetriebs“ für die allgemeinbildenden Schulen zugewiesen. Jugendliche, die die allgemeinbildende Schule verlassen, müssen jedoch nach transparenten Maßstäben ausbildungsreif und zu einer eigenständigen Berufswahl fähig und motiviert sein.

Das derzeitige Berufs- und Bildungsberatungsangebot ist unübersichtlich: Schulen beraten fast ausschließlich über Schulformen und raten in der Regel zur Fortsetzung des Schulbesuchs. Die Arbeitsagenturen beraten über Berufsausbildungen. Benötigt werden Einrichtungen, die alle Jugendlichen fachlich und fair beraten. Das derzeitige Beratungsangebot richtet sich viel zu oft nach organisatorischen und institutionellen Zuständigkeiten und viel zu selten nach dem wirklichen Beratungsbedarf.



3. Übergangssystem als transparentes Unterstützungssystem

Das Übergangssystem organisiert weder Übergänge noch hat es System. Die derzeitige Unzahl von Maßnahmen zwischen allgemeinbildender Schule und eigentlicher Ausbildungsaufnahme wird von niemandem mehr verstanden – schon gar nicht von den Jugendlichen und ihren Eltern. Niemals ist so ganz klar, wer wo mit welchen Mitteln wohin gefördert bzw. befördert werden soll. Manche Bildungsgänge führen zu gar keinem verwertbaren Abschluss (Höhere Handelsschule), andere zu einem allgemeinbildenden Abschluss, wieder andere zu einer unter Umständen anrechenbaren Teilqualifikation des dualen Systems. Während für Hauptschüler nur sehr wenige Angebote existieren, balgen sich Schulen, Träger und Ausbildungsbetriebe um die Realschüler (mehr als 12 Schulformen in Hessen). Die bestehenden Möglichkeiten des ausbildungsbegleitenden Erwerbs des Fachoberschulabschlusses werden selten dargestellt und dementsprechend selten realisiert. Der mit einer absolvierten Berufsausbildung mögliche Mittlere Schulabschluss wird in den Bildungsberatungen offenbar nie erwähnt. Teilweise verbringen Jugendliche mehrere Jahre im Übergangssystem, um den mittleren Schulabschluss zu erlangen, den sie während ihrer Berufsausbildung hätten erwerben können.

Das Grundmodell des Übergangssystems war es stets, Jugendliche, denen – berechtigt oder unberechtigt – ein erfolgreiches Durchlaufen einer beruflichen Vollausbildung nicht zgetraut wurde, innerhalb eines Jahres in diesen Zustand zu versetzen. Gefördert wurde stets nur vor der Aufnahme einer Ausbildung. Eine systematische Förderung während der Ausbildung war in diesem System nicht vor-

gesehen. In den wesentlichen Grundzügen ging es um die Entlastung des Ausbildungsmarktes. Diese Herausforderung wird sich ändern. Aus einem punktuellen Kompensationssystem muss ein Angebot von dauernder begleitender Unterstützung zu einem erfolgreichen Berufsabschluss werden. Die beruflichen Schulen müssen zu Einrichtungen entwickelt werden, die ihre Hauptaufgabe in der Begleitung zum Ausbildungserfolg haben.

4. Sicherheit für Jugendliche und die Betriebe bieten

Die Angst vor einer vermeintlich falschen Berufswahl ist größer geworden – obwohl eine flexible Arbeitswelt ein vollständiges Arbeitsleben in einem einzigen Beruf zum exotischen Ausnahmefall gemacht hat. Damit hängt auch zusammen, dass in keinem anderen Bildungssystem der Misserfolgsfall ähnlich weitreichende Folgen hat wie im dualen System. Bisher gibt es reichlich Angebote für den Fall, dass der Einstieg nicht gelingt. Nötig sind jedoch auch Qualifikationswege, die ein Angebot machen, wenn Ausbildungsverhältnisse gelöst werden müssen.

5. Nachqualifizierung als Chance der aktuellen Ausbildungsmarktlage

Etwa 140.000 Menschen unter 27 Jahren haben keine Berufsqualifizierung und befinden sich auch nicht auf dem Weg zum Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses. Ein großer Teil dieser Gruppe ist Ergebnis der scharfen Ausbildungskrisen der letzten zehn Jahre. Durch massive Nachqualifizierungsprogramme kann dem etwas entgegengesetzt werden. Jede Berufsbildungspolitik muss sich daran messen lassen, inwieweit ihr die nachholende Integration der „Verlierer“ der Ausbildungskrisen des letzten Jahrzehnts gelingt.

6. Garantie auf einen Berufsabschluss

Zukünftig müssen alle Jugendlichen eines Jahrgangs zu einer Berufsqualifikation geführt werden. Da die Anforderungen der Arbeitswelt in allen Branchen in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen werden, ist der noch vor Jahren propagierte Ausbau theoriegeminderter Berufe kein Ausweg. Die in den Berufsschulen und bei den Trägern versammelten berufs-pädagogischen Kompetenzen dürfen daher nicht verloren gehen – sie sind für ausbildungsbegleitende Unterstützungsmaßnahmen notwendiger denn je. Kernelement des Unterstützungssystems ist eine gestärkte Teilzeitberufsschule mit bis zu zwei Vollzeitberufsschultagen. Sie wird für besondere Fördersituationen durch eine Produktionsschule ergänzt.

Fazit

Jahrzehntelang blieben große Teile der Schulabgangsjahrgänge ohne Chance auf einen Einstieg ins Berufsleben. Leider hat erst ein drohender Fachkräftemangel für die Wirtschaft zu einer größeren Bereitschaft zum politischen Handeln im Themenfeld der Berufsausbildung geführt. Die daraus resultierende Chance muss genutzt werden. Die berufliche Bildung und die Jugendlichen brauchen bessere Einstiege in den Beruf, bessere Begleitung während der Ausbildung und bessere Anschlussmöglichkeiten nach der Berufsqualifikation.

Der Autor Matthias Körner ist Referent für Berufliche Bildung beim DGB Hessen-Thüringen und alternder Vorsitzender des Landesausschusses für Berufsbildung.

LEHRERBILDUNG KOOPERIERT MIT DÄNEMARK...



Und dies im Rahmen der XENOS-Maßnahme. Davon werden der Wetteraukreis und auch der Landkreis Gießen partizipieren. Z. Zt. finden mehrere Musikworkshops in den genannten Regionen statt, die von einem Mitglied des Seminars, Lars Hansen, geleitet werden. Die Aktivitäten sollen weiter ausgebaut werden. Das war in Dänemark als Ergebnis eines dreitägigen Besuchs vom Direktor des Amts für Lehrerbildung Frank Sauerland und Projektkoordinator Aaron Löwenbein zu erfahren.

Die dänische Lehrerausbildung ist gerade dabei, die Richtlinien der EU, die als Bologna-Prozess bezeichnet werden, umzusetzen. Dabei wünscht sich das dänische Seminar den Beistand seitens des AfL, ebenso soll es Kooperationen im eLearning-Bereich geben. „Nun eröffnet das Web 2.0 die Welt einer mobilen und kabellosen, aktiven und interaktiven Kommunikationsbeteiligung, was die Produktion, Weitergabe und den Austausch von Gedanken, Prozessen und Produkten anbietet.“, so der Leiter des dänischen Seminars Jesper Vinther.

„Das digitale Klassenzimmer schafft innovative Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Einbeziehung von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen in die „normale Schülerschaft“, was eine Optimierung der sozialen Bedeutung mit sich führt“, erläuterte der Seminarleiter weiter. Direktor Sauerland ergänzte, dass damit auf europäischer Ebene der Austausch intensiviert werden kann und somit Potentiale zur besseren Lehrerbildung erschlossen werden.

Die XENOS-Begrifflichkeiten wie „Integration und Vielfalt“ erhalten so eine europäische Dimension, die durch die Durchführung des europäischen Programms

eine neue Dynamik erlangt, fügte Aaron Löwenbein an.

Die hessische Lehrerbildung wird davon unmittelbar tangiert und die Erfahrungen der 11 XENOS-Haupt- und Realschulen und vier Berufsschulen werden als fester Bestandteil Impulse für diese Kooperation geben.

Bereits im Frühjahr wird die dänische Delegation in Mittelhessen erwartet, um sich dann über weitere konkrete Schritte zur Verbesserung der Lehrerbildung beider Staaten zu verständigen. Besuche im Wetteraukreis und im Landkreis Gießen gehören ebenfalls dazu. Die Kooperation soll erst einmal bis Ende 2014 dauern. Neben der Umsetzung des Bologna-Prozesses in der Lehrerbildung soll die Förderung der digitalen Kompetenzen von Lehrkräften stehen, die Anwendung von Informationstechnologien im Unterricht und im Bereich der Förderung individueller Schülerpotentiale mit der Absicht einer Stärkung ihrer Kompetenzen.

Aaron Löwenbein



von li.: Direktor Frank Sauerland, AfL, Jesper Vinther, Seminarleiter in Aalborg

Nachdem im letzten *insider* das „Elend“ der Politischen Bildung an beruflichen Schulen in mehreren Punkten holzschnittartig skizziert wurde, soll in dieser Ausgabe näher auf die Situation hinsichtlich der **Lehrpläne** eingegangen werden. In weiteren Folgen werden Schwerpunkte wie Unterricht, Lehreraus- und -fortbildung, politische Aktivitäten etc. behandelt. Zum Ende der Reihe sollen Lösungsvorschläge dargelegt werden.

ZUM ELEND DES POLITIKUNTERRICHTS AN BERUFLICHEN SCHULEN 1

Ab 1993 wurde – beginnend mit der Berufsschule (BS) – sukzessive in allen beruflichen Schulformen das Fach „*Politik und Wirtschaft*“ als Verschmelzung der bisher eigenständigen Fächer *Politik* (oft auch als Sozialkunde bezeichnet) sowie *Wirtschaftskunde* vorgenommen. Mit der inhaltlichen Zusammenlegung ging gleichzeitig auch eine Kürzung des Anteils dieses Bereichs an der Gesamtwochenstundenzahl einher. So gibt es heute – mit Ausnahme der Fachschulen – in allen Schulformen das Fach Politik und Wirtschaft mit meistens nur noch einer Wochenstunde.

Zur Situation der Lehrpläne (vgl. Tab.)

Es ist kaum zu glauben; in mehreren Schulformen der beruflichen Schulen gibt es überhaupt keinen Lehrplan, so in der 2-jährigen Berufsfachschule zum Mittleren Bildungsabschluss (BFS), der 2-jährigen vollschulischen Berufsausbildung (Assistentenausbildung-HBFS) sowie der einjährigen Höheren Berufsfachschule (HBFS). Auch in der Fachoberschule, immerhin ein Studiengang zur Studienqualifikation, fehlt ein Lehrplan, da die Lehrpläne für die Berufsschule, auf die ausdrücklich Bezug genommen wird, längst nicht mehr gültig sind.

Neuere Lehrpläne gibt es lediglich für die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung sowie der Weiterbildung in den Fachschulen für Technik und Wirtschaft. 7 bzw. 8 Jahre alt sind die Lehrpläne der Fachschule für Sozialpädagogik und des Beruflichen Gymnasiums.

Für die (Teilzeit-)Berufsschule gab es zu Zeiten, als die beiden Fächer Politik und Wirtschaftskunde noch getrennt waren, den Bildungsplan für den Sozialkundlich-Politischen Unterricht von 1965 sowie den Wirtschaftskunde-

plan von 1991. Mit der Zusammenlegung der beiden Fächer zu einem Fach *Politik und Wirtschaft* in 1993 sind diese Pläne obsolet geworden und von daher nicht mehr gültig, zumal die Gültigkeitsdauer von Lehrplänen max. 10 Jahren beträgt.



Es gibt in Hessen demnach die Situation, dass in fünf Schulformen das Fach Politik und Wirtschaft ohne Lehrplan unterrichtet wird, ca. 145.000 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 184.500 erhalten demnach Unterricht ohne gültige Grundlage. Sie haben damit auch keinerlei Möglichkeit, zu durchschauen und zu überprüfen, welche Inhalte und mit welchen Zielen Grundlage ihres Unterrichts in diesem Fach ist. Das unumstrittene Postulat Erziehung zur Mündigkeit und damit Teilhabe und Mitbestimmung als Voraussetzung wird an dieser Stelle zur Farce. Was in diesen Unterrichtsstunden gemacht wird interessiert das HKM offensichtlich nicht, so muss man aus diesem Befund schlussfolgern. Das Fehlen von Lehrplänen heißt darüber hinaus auch, dass die ansonsten übliche und gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen wie Landeselternbeirat, Landeschülervertretung, Landesausschuss für Berufliche Bildung, Deutscher Gewerkschaftsbund, Vereinigung der Wirtschaftsverbände sowie Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer missachtet und außer Kraft gesetzt wird.

Ein weiteres kommt hinzu. Die Bildungsgänge an beruflichen Schulen bieten untereinander zahlreiche Übergangsmöglichkeiten. So kann man z.B. im Berufsvorbereitungsjahr den Hauptschulabschluss erwerben und damit in die 2-j. Berufsfachschule übergehen. Mit dem dortigen Mittleren Bildungsabschluss stehen die Wege zur vollschulischen Ausbildung, dualen Ausbildung, Fachoberschule oder zum Beruflichen Gymnasium – teils mit Notenvorgaben – prinzipiell offen. Nun stelle man sich einen Schüler vor, der solche Wege geht und das ist ja nun nicht gerade selten. Auf welchen Unterricht trifft er in den diversen Bildungsgängen im Fach Politik und Wirtschaft? Der Phantasie der Vorstellungen sind vor dem Hintergrund der

geschilderten Situation keine Grenzen gesetzt. Dieser Schüler erhält nicht nur wenig bis keine Transparenz über Ziele und Inhalte in den einzelnen Schulformen. Ihm kann es sogar passieren, dass er in 3 oder 4 Schulformen immer mit den gleichen Themen und Inhalten konfrontiert wird, z.B. der Jugendliche als Verbraucher oder Mensch im Betrieb oder das politische System der BRD etc.

FAZIT

Nähezu 80% aller Schülerinnen und Schüler werden im Fach Politik und Wirtschaft an den beruflichen Schulen in Hessen ohne gültigen Lehrplan unterrichtet. Der Beliebigkeit über Themen, Inhalte und Ziele ist damit Tür und Tor geöffnet, die mangelnde Wertschätzung dieses

Fachs wird schon dadurch eindrücklich dokumentiert. Aus dem Fehlen der Lehrpläne in vielen Schulformen ergibt sich in der Folge logisch, dass es keinerlei begründeten, systematischen und aufeinander aufbauenden Zusammenhang zwischen den aufeinander aufbauenden Schulformen im Fach Politik und Wirtschaft gibt. Dass dadurch systematische Erkenntnisse und begründetes Handeln wenig ermöglicht, vielleicht sogar verhindert werden, erscheint mehr als wahrscheinlich. Eine heute pädagogisch geforderte individuelle Förderung ist aufgrund der Nichtbeachtung der individuell mitgebrachten Voraussetzungen und der üblichen Organisation im Klassenverband so gut wie nicht möglich.

Dieter Staudt

Politik-Unterricht an den beruflichen Schulen in Hessen

SCHULFORM	SCHÜLER-ZAHL 2012	LEHRPLAN
Berufsschule	105.093	+ Hess. Bildungsplan Sozialkundlich-politischer Unterricht v. Sept. 1965 + Hess. RLP Berufsschule Wirtschaftskunde von 1991 + Elemente für den U. der Berufsschule im Bereich Wirtschafts- und Sozialkunde gewerblich-technischer Ausbildungsberufe der KMK von 2008
BVJ und EIBE	4.588	Lehrplan von 2010
Berufsfachschule zum MB	11.104	Kein Lehrplan
Höhere Berufsfachschule	7.415	Kein Lehrplan
Höhere Berufsfachschule	1.337	Kein Lehrplan
Fachschule Technik + Wirtschaft VZ	2.901	Lehrplan vom 29.08.2011
Fachschule Sozialpädagogik VZ	3.027	Lehrplan vom 28.04.2004
Fachoberschule Form B	11.700	FOS-VO 1990: Es gelten die RLP der Berufsschule mit der Vorgabe „Neuere Geschichte“
Fachoberschule Form A	9.764	Wie bei Form B
Berufliches Gymnasium	14.445	Lehrplan von 2005

Quelle: Schülerzahlen nach Lehrerzuweisungserlass des HKM; eigene Zusammenstellung

3. AUSBILDUNGSREPORT FÜR HESSEN

SCHWERPUNKT: DIE QUALITÄT DER BERUFLICHEN SCHULEN

Zum dritten Mal veröffentlichte die ZDGB-Jugend für Hessen Anfang November 2012 den Ausbildungsreport. Insgesamt 2.397 Auszubildende der 25 am stärksten frequentierten Ausbildungsberufe (nach Bundesinstitut für Berufsbildung) beteiligten sich schriftlich an der Befragung der Gewerkschaftsjugend. Befragt wurden Auszubildende aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlicher Größe. Zudem ergänzten wir einen Schwerpunkt, in dem ein besonderer Fokus auf die Qualität der Berufsschule als außerbetrieblicher Teil der Ausbildung gelegt wurde sowie einen Exkurs zu den Handelsberufen. Die statistische Auswertung erfolgte über das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz.

Abgefragt wurden Fakten wie z.B. Vergütung, Arbeitszeit und Urlaubstage; außerdem persönliche Bewertungen zur Betreuung und den Ausbildungsinhalten und dazu die Zufriedenheit mit der Ausbildung.

Die Ergebnisse der ersten beiden hessischen Ausbildungsreporte haben sich im dritten Jahr insgesamt leicht verbessert. Was sich auf den ersten Blick als vermeintlich positive Entwicklung darstellt und eine Qualitätsoffensive der Unternehmen suggeriert erweist sich auf den zweiten Blick als eine sehr disparate Entwicklung zwischen den einzelnen Berufen. Die Lücke zwischen guter und schlechter Ausbildung scheint dabei größer zu werden. Auch sind bei entscheidenden Fragen wie Vorhandensein eines Ausbildungsplans bzw. eines Ausbilders, Überstunden, Vergütung und Erholung nach der Arbeit die Zahlen gleichbleibend schlecht.

Rund 75% der Auszubildenden sind mit ihrer Ausbildung ganz über-

wiegend zufrieden – zwischen Berufen gibt es aber große Unterschiede.

Positiv und negativ weichen immer wieder dieselben Berufe ab, es lassen sich deswegen eindeutig Berufsgruppen und Branchen benennen, in denen die Ausbildungsqualität gut oder sehr gut ist und in der sie schlecht ist. Positiv fallen moderne Industrieberufe auf, aber die angehenden Bankkaufleute beweisen, dass auch Dienstleistungsberufe sehr attraktiv sein können. Die großen Problembranchen sind zu finden im Bereich Hotel und Gaststätten, in den Handwerksberufen und in Dienstleistungszweigen wie dem Einzelhandel.

Rang 2009	Berufe
1	Einzelhandelskaufmann/-frau
2	Bäckerin/in
3	Verkäufer/in
4	Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r
5	Bürokaufmann/-frau
6	Hotelfachmann/-frau
7	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
8	Metallbauer/in
9	Koch/Köchin
10	Medizinische/r Fachangestellte

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund

Zu den Ergebnissen hier einige der wichtigsten Punkte:

Ausbildungsinhalte

36 Prozent der befragten Auszubildenden haben keinen betrieblichen Ausbildungsplan, obwohl er gesetzlich vorgeschrieben ist. Rund 40 Prozent gaben an, einen Plan zu haben, sind mit den Inhalten aber über-

haupt nicht oder nur etwas vertraut.

Man kann spekulieren, dass es teilweise doch einen Plan gibt und die Auszubildenden nur nichts von ihm wissen. Das hilft den Azubis aber nicht weiter, wenn sie nicht aktiv mit ihrem Ausbilder entlang eines Ausbildungsplans lernen, wenn sie nicht für sich überprüfen können, was sie gelernt haben, und das mit der Berufsschule abgleichen können.

Ausbilder

Jeder zehnte Auszubildende gab an, keinen Ausbilder zu haben. Alarmierend ist, dass sich dies beim Blick in einzelne Berufe steigert. Bei den Fachverkäuferinnen im Lebensmittelhandwerk sind es 23,8 Prozent, die angeben, keinen Ausbilder zu haben. Das Gesetz ist hier eindeutig und ein kompetenter Ausbilder ist Pflicht. Es ist für den Lernerfolg unerlässlich, dass jemand klar als Ausbilder benannt ist und auch zur Verfügung steht. Auch das war bei rund einem Viertel der Befragten mit Ausbilder nicht regelmäßig der Fall.

Arbeitszeiten

20 Prozent der Auszubildenden arbeiten mehr als 40 Stunden in der Woche und 38,8 Prozent leisten regelmäßig Überstunden. 15,7 Prozent der Jugendlichen erhalten dafür weder eine Vergütung noch einen Freizeitausgleich.

Auch bei den unter 18jährigen gaben 13,5 Prozent an, durchschnittlich mehr als 40 Stunden zu arbeiten. Ein Viertel macht regelmäßig Überstunden. Laut JArbSchG ist beides verboten, hier wird also vielfach gegen geltendes Recht verstoßen.

Die Verstöße hinsichtlich der Ar-



beitszeit belasten nicht nur die Auszubildenden und nutzen sie aus. Sie gefährden auch das Ausbildungsziel, weil Zeit zum Lernen und zur Erholung fehlt. Immerhin geben 55 Prozent der Auszubildenden an, Probleme mit der Erholung nach der Ausbildung zu haben, im Hotel- und Gaststättenbereich sogar 73 Prozent.

Im Mai 2012 wurde die DGB-Jugendstudie „Arbeitsqualität aus der Sicht von jungen Beschäftigten“ (unter 35) veröffentlicht, die ähnliche Ergebnisse zu Tage gefördert hat. 70 Prozent machen demnach regelmäßig Überstunden, 51 Prozent gaben an, unter Zeitdruck zu arbeiten und 14% arbeiten in der Regel auch in ihrer Freizeit.

Dass sich diese Ergebnisse nun auch bei Azubis wiederfinden ist alarmierend!

Schwerpunkt Berufsschule

Berufsschulen kommt im dualen System eine wichtige Rolle zu. Für viele Auszubildende kann guter Unterricht maßgeblich dazu beitragen, fehlende Ausbildungsinhalte und mangelnde fachliche Anleitung im Betrieb über die theoretische Wissensvermittlung zumindest partiell zu kompensieren.

Mit Blick auf die Befragung zur Berufsschule zeigt sich, dass auch hier dringend Verbesserungen nötig sind, um die Qualität der schulischen Bildung zu steigern. Lediglich jeder zweite der Befragten gab an, sich gut oder sehr gut auf die theoretische Prüfung vorbereitet zu fühlen.

Die fachliche Qualität der Berufsschule wurde von knapp 60 Prozent mit gut bis sehr gut bewertet. Setzt man dies in Korrelation zur Frage der Ausstattung zeigt sich, je zeitgemäßer die Ausstattung, desto besser auch die Bewertung.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der zum Lernerfolg der Auszubildenden beiträgt, ist die Klassengröße. Werden die Klassen zu groß, weil z.B. zu wenige Fachlehrer vorhanden sind, sinkt auch die Qualität der Lernatmosphäre.

Der Schwerpunkt zeigt also: Es braucht ein zusätzliches Ausstattungsprogramm für die beruflichen Schulen. Sie sind aufgrund ihrer hohen inhaltlichen Differenziertheit und der vielen Ausbildungsgänge vom Problem einer allgemein unzureichenden Ausstattung mit Unterrichtsmitteln im hessischen Schulbereich besonders betroffen.

Des Weiteren müssen neben der infrastrukturellen Ausstattung dringend entsprechende Ausbildungsmaßnah-

men ergriffen werden, um die Quote der voll ausgebildeten Berufsschullehrkräfte wieder zu erhöhen.

Eine gute materielle wie personelle Ausstattung der Berufsschulen ist für Auszubildende eine wichtige Grundvoraussetzung für einen Lernerfolg im schulischen Teil der Ausbildung.

Anke Muth

Der Report kann als Einzelexemplar hier bestellt werden: DGB Jugend Hessen, anke.muth@dgb.de; 069-273005-56.

Um auch für das nächste Jahr einen Report erstellen zu können, braucht es genügend Bögen! LehrerInnen, die sich mit ihren Ausbildungsklassen beteiligen wollen, können diese Bögen in allen regionalen Jugendbüros anfordern, zu finden unter www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de oder unter obiger Bestelladresse.

Rangliste der beliebtesten Berufe		
Rang	männlich	weiblich
1	Kraftfahrzeug-mechatroniker	Verkäuferin
2	Kaufmann Einzelhandel	Kauffrau Einzelhandel
3	Industriemechaniker	Bürokauffrau
4	Koch	medizinische Fachangestellte
5	Elektroniker	Friseurin
6	Verkäufer	Zahnmedizinische Fachangestellte
7	Anlagenmechaniker Sanitär, Heizung, Klima	Industriekauffrau
8	Fachkraft Lagerlogistik	Fachverkäuferin Lebensmittelhandwerk
9	Kaufmann Groß- u. Außenhandel	Kauffrau Bürokommunikation
10	Fachinformatiker	Hotelfachfrau

AGD, glb und GEW luden am 30.10.2012 unter dem Dach von XENOS zum Symposium „Übergänge gestalten – Fachkräftenachwuchs sichern!“ ein. Über 250 Kolleginnen und Kollegen aus den beruflichen Schulen hatten den Weg nach Kleinlinden gefunden.

SYMPOSIUM „ÜBERGÄNGE GESTALTEN – FACHKRÄFTENACHWUCHS SICHERN!“

Schon im Vorfeld hatte das Symposium für Aufmerksamkeit gesorgt. Erstmals in der Geschichte des Bundeslands Hessen gab es eine gemeinsame Veranstaltung von Schulleitungsorganisation (AGD), Gewerkschaft (GEW) und Verband (glb). Auch auf den Podien waren alle Akteure der beruflichen Bildung von der Wissenschaft bis zur Politik vertreten. Deshalb war es dann auch nicht mehr erstaunlich, dass der Staatssekretär nicht nur ein Begrüßungswort sprach, sondern sich für die Tagung mehr Zeit nahm.

Demografie und Bildungsnachfrage

In seinem Einstiegsreferat stellte Prof. Dr. Weishaupt vom DIPF die demographische Entwicklung und ihre Folgen für das berufliche Bildungssystem dar. Er verwies zu Beginn auf die regionalen Unterschiede. Während in manchen ländlichen Regionen, wie im Vogelsberg, großen Teilen Nordhessens oder im Odenwald ein starker Rückgang der Bevölkerung zu erwarten ist, werden Teile des Rhein-Main-Gebietes sogar Bevölkerungszuwächse verzeichnen (siehe Titelseite). Für Gesamthessen müsse jedoch mit einem Rückgang der Schulabgänger um rund 20 % bis zum Jahr 2025 gerechnet werden.

Ein genereller Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und eine Entspannung am Ausbildungsmarkt habe Rückwirkungen auf das sog. Übergangssystem, es würde sich aber nicht gänzlich auflösen. Ein Teil der Jugendlichen im Übergangssystem strebe keine duale Berufsausbildung an, sondern höhere Schulabschlüsse. Von daher müsse die zweijährige Berufsfachschule bestehen bleiben und für eine schulische Nachqualifizierung der Jugendlichen sorgen. Diese müsse mit den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung hin zu einem Gesamtsystem mit Binnendifferenzierung gebündelt werden.

Einigkeit im Großen – Differenzen im Detail

Im ersten Podium (VhU, IHK, AGD, glb, DGB, GEW) waren sich alle einig, dass das duale System gestärkt werden müsse, die Berufsorientierung verbesserungswürdig sei und dass die studienqualifizierenden Bildungsgänge der beruflichen Schulen erhalten bleiben sollen. Erstaunlicherweise fand die Forderung, dass bei Rückgang der Schülerzahlen die Mittel im System der beruflichen Schulen bleiben müssen, auch Unterstützung durch VhU und IHK, die ja ansonsten immer Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben fordern.

Die Arbeitgeberseite (VhU, IHK) will das Duale System im Wesentlichen dadurch stärken, dass die angebliche Konkurrenz, die Höhere Berufsfachschule, abgeschafft werden soll, dass besser für die duale Ausbildung geworben wird und dass Möglichkeiten der Doppelqualifizierung ausgebaut werden. Die Arbeitnehmerseite (AGD, glb, DGB, GEW) verwies auf den Nutzen der Höheren Berufsfachschule für viele Jugendliche. DGB und GEW forderten ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendliche und entsprechende Angebote der beruflichen Schulen sowie den zweiten vollen Berufsschultag (16 Wochenstunden), um Förderangebote, Differenzierungen und Doppelqualifizierungen in der dualen Ausbildung zu ermöglichen.



Das Podium der Landtagsabgeordneten

Nachhilfebedarf der Parteien

Während das erste Podium über alle Bänke hinweg durch fundiertes Wissen glänzte, verlor sich das zweite Podium mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen zumeist in Allgemeinplätzen.

Bei Hugo Klein von der CDU blitzte zumindest teilweise auf, dass er Berufsschullehrer war, aber auch an einigen Stellen merkte der achtsame Zuhörer, dass er schon einige Zeit keine Berufsschule mehr von innen gesehen hatte.



Einzig der bildungspolitische Sprecher der Grünen Mathias Wagner konnte konzeptionelle Vorstellungen vorweisen. Dies mag daran liegen, dass er erst kurz zuvor ein Konzept zur Reform des Übergangs vorgestellt hatte, während die anderen Parteien noch mitten in ihrer Wahlprogrammdebatte waren.

Erfreulich waren die engagierten Wortmeldungen aus dem Plenum, die hoffentlich den Politikerinnen und Politikern ihren Nachhilfebedarf deutlich gemacht haben. Frustrierend waren die Äußerungen aller Fraktionen, dass sie nicht an eine Reduzierung der Klassengrößen gehen wollen. Hier sind noch dicke Bretter zu bohren.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass gerade jener Teil junger Menschen, der einen notenmäßig schlechten Hauptschulabschluss oder mittleren Bildungsabschluss erworben hat, keinerlei weitere Möglichkeiten zu seiner persönlichen Weiterqualifizierung u. -entwicklung hat. Wenn er keinen Ausbildungsberuf findet, dann steht er vor einem großen Dilemma. Dem Hauptschüler ist der Weg in die Berufsfachschule verbaut. Dem Realschüler ist der Weg in die Höhere Berufsfachschu-

le (Assistentenausbildung) oder in die Fachoberschule verbaut.

Geht man davon aus, dass die Bedingungen zur Aufnahme in die Fachoberschule aufgrund der KMK-Vereinbarungen nicht geändert werden können, so kann man die für die Berufsfachschule und die Höhere Berufsfachschule aufheben. Mit der Aufhebung der Eingangsvoraussetzungen hätten nun auch schwache Schüler mit dem jeweiligen Abschluss die Möglich-

Fazit

Es wurde deutlich, dass der überwiegende Teil der Akteure in der Berufsbildung dringenden politischen Handlungsbedarf sieht, was auch bei den Politikern angekommen ist. Ein Streichen von Bildungsangeboten der Beruflichen Schulen ohne gleichwertigen Ersatz wäre der falsche Weg. Von daher ist zu begrüßen, dass der Staatssekretär nach dem Symposium an mehreren Stellen erklärt hat, dass die Landesregierung erst dann Bildungsangebote abschafft, wenn es bessere Möglichkeiten für die Jugendlichen gibt. Ob jedoch Bereitschaft besteht, erste Schritte zu einer Reform des Übergangs zu gehen, oder ob nach dem Motto verfahren wird, nur nichts ändern vor den Wahlen, werden geplante Spitzengespräche im Januar und die nächsten Monate zeigen.

Während über alle Bänke hinweg von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite eine bessere Ausstattung der beruflichen Schulen gefordert wird, ist die Politik in dieser Frage sehr zurückhaltend bis ablehnend. Hier muss weiterhin Druck aufgebaut werden, damit die Beruflichen Schulen und die dort Lehrenden und Lernenden nicht unter die Backen der Schuldenbremse geraten.

Dank gilt noch der GEW Geschäftsstelle für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung und dem Projekt XENOS für die ideale, finanzielle und personelle Unterstützung.

Ralf Becker



keit, ihre schulische Weiterqualifizierung auf nächst höherer Ebene weiter zu betreiben und erfolgreich abschließen zu können. Selbstverständlich müsste in Bezug auf die Assistentenberufe sichergestellt werden, dass diese als gleichwertige Ausbildungsberufe - wie Kammerberufe nach BBiG - anerkannt und tariflich gleich eingeordnet werden.

*Norbert Herlein
AGD-Vorsitzender*

SELBSTSTÄNDIGE SCHULE?

EINE POLITISCHE FRAGE LÄSST SICH NICHT ENTPOLITISIEREN!

Die Diskussion, die mit SV-Plus um die Selbstständige Schule angefangen hat, will nicht enden. Mit jeder neuen Bewerbungsfrist gibt es in den Kollegien engagierte Erörterungen zu Vor- und Nachteilen des von der Landesregierung angestoßenen Weges. Insgesamt zeigt sich auf Landesebene, dass es im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schulen in Hessen nur wenige sind, die sich auf den Weg zur Selbstständigen Beruflichen Schule (SBS) bzw. zur Selbstständigen Schule (SES) gemacht haben.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist diese Tatsache begrüßenswert. Es steht außer Frage, dass die gemeinsamen Interessen der Schülerinnen und Schülern sowie der Beschäftigten in einem System verwaltungstechnisch selbstständiger Schulen schwerer zu vertreten sind, als es in der bisherigen Struktur möglich ist. Dies widerspricht keinesfalls der Tatsache, dass die GEW seit Jahrzehnten mehr Selbstständigkeit für die Schulen fordert. Unsere Forderung nach Selbstständigkeit richtet sich schon immer auf die *Demokratisierung* und *pädagogische Freiheit* von Schule. Unser Einsatz für die bestehenden Strukturen bedeutet nicht, dass wir hier keinen Optimierungsbedarf sehen.

Im September dieses Jahres endete die zweite Bewerbungsfrist zur Umwandlung zur SBS/SES ab Anfang 2013. Hier gibt es gerade mal eine neue Anmeldung für SBS. Von den 104 Beruflichen Schulen in Hessen hatten sich im Dezember zusammen mit den ehemaligen SV-Plus-Schulen insgesamt 35 Schulen für diesen Weg entschieden.

Folgende konkrete Vorteile werden von den Befürwortern an den „Selbstständigen Schulen“ nach ersten Erfahrungen hervorgehoben:

- ☞ Die termingerechte Zuweisung insbesondere zum Mai des Kalenderjahres gibt Sicherheit für die Personalplanung des kommenden Schuljahres. So ist schon vor den Sommerferien klar, welche befristeten TVH-Stellen vergeben werden können. Dies entlastet die betroffenen Lehrkräfte, die Schulleitungsmitglieder und die Kollegien insgesamt.
- ☞ Längerfristige Erkrankungen wurden in der Aktualisierung der Zuweisung berücksichtigt und geben der Schule die Freiheit, über den Einsatz der Mittel selbst zu entscheiden, ohne dass eine Zustimmung des SSA einzuholen ist.
- ☞ Die erhöhte Lehrerzuweisung für SBS konnte für die Schulentwicklung eingesetzt werden. Den SBS werden schon seit dem Schuljahr 2011/12 101,5 % zugewiesen. Den übrigen Schulen werden erst seit dem Schuljahr 2012/13 101% zugewiesen.
- ☞ Die Vorgabe von Handlungsfeldern erleichtert die Entscheidung zur Schwerpunktsetzung bei der Entwicklung der Schule entsprechend einer durchdachten und durchaus sinnvollen Vorgabe.
- ☞ Die Möglichkeit der Umwandlung von Geldern ermögliche es, für die Schulentwicklung wichtige Fortbildungen vorzunehmen.

All diese Argumente scheinen die übrigen beruflichen Schulen nicht überzeugt zu haben. Fragt man nun nach der Begründung für die ableh-

nende Haltung, kommen Argumente, die nicht alle neu, aber wichtig und noch immer gültig sind:

Seit Jahren ist bekannt, dass der Bildungssektor in Deutschland finanziell unterversorgt ist. Das Land gibt nun die Verantwortung für gute Bildungsangebote an die Schulen ab, ohne genügend Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht, obwohl die GEW schon seit Jahren eine 110-prozentige Zuweisung fordert, um den Unterrichtsausfall an den Schulen zu kompensieren und auf die Überlastung der Lehrer/innen hinzuweisen. Demgegenüber wird seitens der Landesregierung behauptet, mit einer 105%igen Zuweisung seien an den Schulen die zahlreichen Zusatzaufgaben zu bewältigen.

An allen Schulen hofft man natürlich noch auf die von der Regierung versprochenen 105 %. (Das wären dann immer noch fünf Prozent weniger, als die von der GEW geforderte 110-prozentige Zuweisung.) Eine Bevorzugung der SBS und SES bei der Stellenzuweisung wäre nicht akzeptabel. Denn niemand wird ernsthaft den Bedarf und das Engagement an den übrigen Schulen in Frage stellen.

Es hat durchaus etwas von der Quadratur des Kreises, wenn bei der Verpflichtung zu 100%iger Unterrichtsversorgung auf Spielräume zur Verwirklichung von zusätzlichen Angeboten hingewiesen wird. Denn solche Angebote lassen sich unter diesen Umständen nur zu Lasten einzelner Schüler in größeren Klassen und zu Lasten einzelner Kollegen durch höhere Arbeitsbelastung und schlechtere Bezahlung verwirklichen.

Wir befinden uns noch in der Frühphase des Prozesses der Ökonomisierung von Bildung. Mit einer fortschreitenden Degradierung von Bildung zur Ware werden Schulen im Wettbewerb irgendwann aus den Sachzwängen heraus prekären Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten müssen, auch wenn sie das „eigentlich“ gar nicht möchten.

Es stellt sich die Frage, ob in einer so komplexen Angelegenheit der nur auf die eigene Schule gerichtete Blick tatsächlich Probleme dauerhaft zu lösen vermag, oder ob eine schlechende Entsolidarisierung der Bildungsinstitutionen diesen und ihren Kollegien nicht nachhaltig schadet. Als Gewerkschafter wollen wir keinen verkürzten, kaufmännischen Blick auf die Schulen, sondern sind der Meinung, dass die einzelnen Schulgemeinden auch Verantwortung für das gesamte Bildungssystem tragen und nicht nur kurzfristige Vorteile der eigenen Schule im Focus haben sollten.

Übrigens sind die oben genannten Vorteile der Selbstständigen Schulen Selbstverständlichkeiten, die in einem gut organisierten Bildungssystem nicht in Frage gestellt werden dürften. Niemand wird in Abrede stellen, dass alle Schulen eine zuverlässige, hinreichende und termingerechte Zuweisung brauchen, dass alle Schulen einer vernünftigen Krankheitsvertretung bedürfen und dass für alle Lehrer und Lehrerinnen ein adäquates Fortbildungsprogramm zur Verfügung stehen muss. Auch pädagogische Schwerpunkte kann sich ein Kollegium setzen, ohne dass man einer Vereinzelung der Schulen Vorschub leistet.

Die Hoffnung, dass durch die derzeitige Form der Selbstständigen Schule besser auf den demographischen Wandel zu reagieren sei, ist nicht stichhaltig bestätigt. Dass Schulen in den betroffenen Regionen eine

besondere Zuweisung brauchen, wenn dort ein breites Bildungsangebot aufrechterhalten werden soll, ist klar. Ob sich dies durchsetzen lässt, wenn der Wettbewerb um den effizientesten Einsatz der Zuweisung um sich greift, ist zu bezweifeln.

Die meisten Selbstständigen Schulen in Hessen gehen derzeit *noch* den Weg einer Selbstständigkeit „light“. Das heißt, bei der großen Mehrheit werden noch keine eigenen Schulverfassungen eingesetzt und keine Umwandlungen von SBS in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (RSBS) vollzogen. Mit dem Ziel, die Vorteile für die eigene Schule zu nutzen, begibt man sich aber auf einen Weg, der aus Sicht der Initiatoren hier sicherlich nicht enden soll. Wer diesen Weg einschlägt, nur um die Vorteile zu erlangen, sollte sich darüber im Klaren sein, dass er sich aufs Glatteis begibt.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass es über den HPRL ein Schulungsangebot für die Personalräte der Selbst-

ständigen Schulen gibt, das die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion bezüglich der Umsetzung und der Weiterentwicklung der Konzepte an den Schulen bietet.

Niemand an den Schulen hat sich die Entscheidung für oder wider die neue Richtung leicht gemacht. Die verschiedenen Sichtweisen konnten hier nur verkürzt dargestellt werden. Und es ist wichtig, dass alle Kollegen im Gespräch bleiben. Unabhängig vom eingeschlagenen Weg sollten alle Beteiligten sich weiterhin gegenseitig respektieren, austauschen und die unterschiedlichen Entwicklungen kritisch begleiten. Und alle Kolleginnen und Kollegen sollten sich intensiv mit der Entwicklung unseres Bildungssystems auseinandersetzen und einen eigenen fundierten Standpunkt entwickeln. Nur so können wir verantwortungsvoll zur Weiterentwicklung unserer Schullandschaft zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler beitragen.

Ralf Fei



ÜBERGÄNGE IN BERUFLICHEN LEBENSÄUFEN

ZWISCHEN REFORMEIFER UND ERNÜCHTERUNG

Am 05. Oktober 2012 veranstaltete das Institut für Technik und Bildung (ITB) in Bremen eine Tagung zur Diskussion des sogenannten Übergangssystems. Als Lehrerin der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg besuchte ich diese Tagung mit der Erwartung, einen Spiegel für die alltägliche berufliche Praxis zu erhalten. Dieses Wechselspiel zwischen Erfahrungen aus dem Schulalltag und wissenschaftlichen Standpunkten der Tagung gibt der folgende Artikel in Auszügen wieder.

Erfahrungen aus dem Schulalltag:

In meinem Tätigkeitsbereich der metalltechnischen Ausbildung nehme ich in den vergangenen Jahren wahr, dass zunehmend mehr junge Menschen in eine Ausbildung einmünden, die zuvor mindestens eines der zahlreichen Bildungsangebote im sogenannten Übergangssystem besucht haben. Besonders der Beruf Maschinen- und AnlagenführerIn wird hier stark frequentiert.

Wissenschaftlicher Spiegel:

Aktuelle Zahlen in Bezug auf das Übergangssystem wurden von Frau Prof. Dr. E. Krekel vom BiBB vorge-

stellt. Laut Bildungsbericht 2012 sind die Teilnehmerzahlen im Übergangssystem rückläufig. Dieser Rücklauf ist der aktuellen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt und dem demographischen Wandel zu schulden.

Allerdings bleibt die Lage für SchülerInnen mit und ohne Hauptschulabschluss und im Besonderen mit Migrationshintergrund weiterhin schwierig. „Von den deutschen Ausbildungsinteressenten ohne Hauptschulabschluss münden 2008 drei Viertel ins Übergangssystem ein, von denen mit Hauptschulabschluss die Hälfte (48%); bei den ausländischen Jugendlichen sind es 88% und 67%“ (Bildungsbericht 2012). In absoluten Zahlen betrachtet, wird ein Drittel aller AbgängerInnen aus dem allgemeinen Schulsystem in eine Bildungsmaßnahme des Übergangssystems aufgenommen und kann keine duale Ausbildung direkt anschließen. Hier erfahren die Jugendlichen regelmäßig eine Vielzahl an Angeboten von einer Vielzahl von Bildungsträgern. Neben dem Hauptschulabschluss oder einem anderen weiterführenden Schulabschluss soll in diesen Bildungsangeboten häufig eine Ausbildungsreife der TeilnehmerInnen erzielt werden.

Ausgehend von diesen Fakten sei das Übergangssystem auch in Zukunft unverzichtbar, seine Struktur aber dringend zu überdenken.

Erfahrungen aus dem Schulalltag:

Die Betriebe beklagen, dass die ausgebildeten Facharbeiter mit mittleren bis hohen Bildungsabschlüssen meist nach der Ausbildung nicht in den Betrieben verbleiben. Der Facharbeitermangel scheint somit nicht nur ein Resultat des

demographischen Wandels zu sein, sondern wird auch durch eine zunehmende Erosion der deutschen Normalbiographie bestimmt.

Wissenschaftlicher Spiegel:

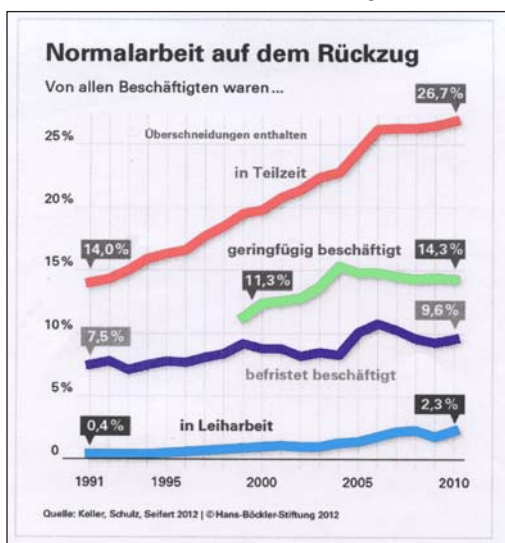
Dr. A. Bolder von der Universität Duisburg-Essen stellte den Begriff der deutschen Normalbiographie grundsätzlich in Frage. Nach Bolder's Worten ist das, was wir unter einer deutschen Normalbiographie verstehen, nämlich eine klare Unterteilung der Bildungsentwicklung eines Menschen über die zwei Stufen „Schule-Ausbildung“ und „Ausbildung-Beruf“, in den vergangenen 100 Jahren lediglich zwischen den 50er- und 70er-Jahren real existent gewesen. Wie Bolder sagte, sind deutsche Normalbiographien eher eine Ausnahmerecheinung und stehen der Realität von vielfältigen Bastelbiographien gegenüber. Ausgehend von diesem Fakt sei die Forderung nach einer Anerkennung des Übergangssystems als notwendiges System zu stellen. Jedoch müsse es zu einer Vielfalt an strukturierten Bildungswegen mit echten Anschlussoptionen umgestaltet werden.

Erfahrungen aus dem Schulalltag:

Die Schwelle zwischen Schule und Ausbildung bedeutet für alle jungen Menschen, dass sie lernen müssen, sich in eine neue Rolle zu begeben, deren Rechte und Pflichten anzuwenden, deren Vorteile und Herausforderungen zu erkennen und zu nutzen. Es zeigt sich, dass Jugendliche, die aus dem Übergangssystem in die duale Ausbildung einmünden, diesen Prozess oft besonders aktiv gestalten müssen und eine enge prozessuale Begleitung brauchen.

Wissenschaftlicher Spiegel:

Frau Dr. B. Reißig vom Deutschen



Jugendinstitut stellte die Ergebnisse einer sechsjährigen Querschnittstudie vor, mit welcher die Verlaufswege von Hauptschülern nach der allgemeinen Schulpflicht nachverfolgt und analysiert wurden. Mit dieser Studie wird nachgewiesen, dass sich die Phase des Übergangs in eine Ausbildung für Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss zeitlich besonders stark ausgedehnt hat und sich häufig über das zwanzigste Lebensjahr hinaus erstreckt. Die Übergangsphasen sind für einen großen Teil dieser Jugendlichen durch dauerhafte Ein- und Ausstiege in und aus Maßnahmen geprägt, die mit ständig wechselnden Rechten, Pflichten und Ansprechpersonen verbunden sind.

Erfahrungen aus dem Schulalltag:

Neben der statistischen Analyse der Vielzahl von Bildungsmaßnahmen und Bildungswegen wird oft vernachlässigt, dass die eingesetzten KollegInnen sehr engagierte und auch erfolgreiche Arbeit leisten. Die AbsolventInnen dieser Bildungsmaßnahmen treffen im Rahmen einer anschließenden dualen Ausbildung jedoch auf Strukturen, die oft wenig flexibel mit individuellen Lebens- und Bildungsbiographien zusammenwirken. Verkürzt wird dieser Umstand dann oft als „mangelnde Ausbildungsreife“ der BewerberInnen benannt, was dazu führt, dass Ausbildungsbetriebe der Region teilweise keine neuen Auszubildenden einstellen und somit ihre Ausbildungsplätze unbesetzt lassen. Sie befürchten, dass die Bildungsbiographien der aktuellen BewerberInnen einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf nicht erwarten lassen. Die gestellten Anforderungen an potenzielle Auszubildende und deren individuelle Bildungs- und Lebensbiographien verstärken in Verschränkung mit der regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage den Handlungsbedarf zur inhaltlichen und strukturellen Neugestaltung des sogenannten Übergangssystems.

Wissenschaftlicher Spiegel:

Laut Dr. W. Kruse, Vertreter der Sozialforschungsstelle in Dortmund und Koordinator der Weinheimer Initiative, reicht dies jedoch nicht aus. Auch die Strukturen des Ausbildungsmarktes und somit auch die Strukturen der Betriebe und Kommunen müssten an dieser Stelle neu gedacht werden. Betriebe, die ihren zukünftigen Bedarf an FacharbeiterInnen decken möchten und ihren Bestand sichern wollen, müssten offen sein für strukturelle Veränderungen und neue praktische, methodische Ansätze in der Ausbildung. Kommunen, die sich der grundsätzlichen (Mit-) Verantwortung stellen, sich der Sicherung von Berufs- und Lebensperspektiven nachwachsender Generationen annehmen, müssten die Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben koordinieren und somit eine tatsächliche Systematik von Übergängen ermöglichen.

Erfahrungen aus dem Schulalltag:

In argumentativer Nähe Kruse überdenken einige Betriebe ihre aktuellen Ausbildungsstrukturen und nehmen Abstand von der tradierten Bestenauslese. In intensiver Lernortkooperation mit allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden Förderkonzepte z.T. mit wissenschaftlicher Begleitung erprobt. So werden zum Beispiel in Kooperation mit dem dualen Ausbildungsbereich der Landrat-Gruber-Schule lernortübergreifend gestaltete Kick-Off-Wochen zum Ausbildungseinstieg organisiert, lernortübergreifende Projekte zur weiteren Verzahnung der theoretischen Lerninhalte mit der beruflichen Praxis umgesetzt oder regelmäßige Ausbildertreffen zur zeitnahen Absprache und Weiterentwicklung von Ausbildungs- und Förderkonzepten ermöglichen.

Wissenschaftlicher Spiegel:

Prof. Dr. A. Bojanowski von der Universität Hannover sprach von schwer-

fälligen Veränderungsprozessen, der daraus resultierenden notwendigen Frustrationstoleranz aller Beteiligten und stellte die Frage nach einem neuen Dispositiv der Macht. Laut Bojanowski ermöglicht und fordert die derzeitige Bildungspolitik einerseits die Verkürzung von Ausbildungszeiten für höhere Bildungsabschlüsse, aber andererseits zwingt die gleiche Bildungspolitik junge Menschen in vielfältige Warteschleifen, welche primär eher zur „Einübung auf das Prekariat“ dienen. So öffne sich die Schere der Gesellschaft immer weiter und die finanziellen Mittel und politischen Maßnahmen dienten oft lediglich der Stabilisierung des Systems.

Was nehme ich mit von dieser Tagung:

Das Maßnahmenlabyrinth des sogenannten Übergangssystems ist groß. Um es kreativ und vielseitig zu gestalten, braucht es nach wie vor engagierte und innovative MitarbeiterInnen. Persönliches Engagement kann an dieser Stelle jedoch nicht ausreichen. Es bedarf dringend der Entwicklung eines sinnhaften Bildungsfahrplans, der Umstiegs- und Anschlussoptionen deutlich kennzeichnet und unnütze Zeitschleifen ausschließt. Darüber hinaus ist eine Entwicklung von tragenden Verbindungsstellen zwischen dem Übergangssystem und den allgemeinen und berufsbildenden (Schul-) Systemen anzustreben. Die Verzahnung eines tatsächlich zu strukturierenden Übergangssystems mit einem anschlussfähigen (Aus-) Bildungssystem sowie die Annahme der Verantwortung für die Entwicklungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen sollte meines Erachtens nach eines der primären bildungspolitischen Ziele der Schulleitungen, der Kommunen bzw. Städte und der Länder darstellen.

Jessica Bier

Hauptthemen im Hauptpersonalrat waren die Umsetzung des Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetzes, der Erlass zur Berufs- und Studienorientierung in der SEK I, womit im Wesentlichen die OLoV Standards festgeschrieben wurden und die Situation an den Studienseminaren. Im beruflichen Bereich standen die angedachte Verkürzung der ErzieherInnenausbildung, die Änderungen der Pflichtstundenverordnung beim Berufsschulunterricht in der Justizvollzugsanstalt und beim Deputat für das Berufliche Gymnasium, LiV-Einstellung zum 1.11., der Einstellungsbericht zum neuen Schuljahr, Weiterführung des ESF Projekts „Integration durch Austausch (IdA)“ und der Abschluss des Modellversuchs ViLBe auf der Tagesordnung.

Verkürzung der ErzieherInnenausbildung?

Aus Schulen wurde dem HPRLL berichtet, dass in Kürze die neue Verordnung für die Fachschule Sozialpädagogik in Kraft gesetzt werden solle. Die Verordnung würde Regelungen zu einer Verkürzung der Ausbildung enthalten. Im Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 29. März 2012 hatte die Dienststelle erklärt: *„Die Verordnung werde so in Kürze in Kraft treten, wie 2010 vorgesehen, und es seien keine Veränderungen gegenüber dem vorgelegten Entwurf geplant. Eine Verkürzung der Ausbildung um ein halbes Jahr sei im Bereich des Berufspraktikums angedacht. Ein entsprechender Entwurf für eine Verordnungsänderung werde dem HPRLL vorgelegt.“* Der Verordnungsentwurf von 2010 wurde bisher noch nicht in Kraft gesetzt. Genauso wenig wurde dem HPRLL ein Entwurf für eine Verordnungsänderung vorgelegt.

Der HPRLL hat deshalb die Dienststelle gebeten, ihn über den ak-

tuellen Stand zur Verordnung für die Fachschule Sozialpädagogik zu informieren und, falls eine Verkürzung der Ausbildung geplant sei, ihm mitzuteilen, wann der neue Verordnungsentwurf dem HPRLL zur Erörterung vorgelegt werde.

Pflichtstundenverordnung

Im Amtsblatt 7-2012 wurde die neue Pflichtstundenverordnung veröffentlicht. Die Neufestlegungen führten zu Rückfragen beim HPRLL, die er in der letzten Sitzung vor den Ferien gegenüber dem HKM ansprach.

Aus Schulen kam die Bitte, die Kürzungen im Sch+uldeputat für das Berufliche Gymnasium (BG) anzusprechen. Bei 500 SchülerInnen im BG macht das 2 Stunden aus. Beim Blick auf die alten Faktoren fiel auf, dass es keine Deputatskürzungen sind, sondern eine Umverteilung vom Schuldeputat (jetzt 0,0337, früher 0,0376) auf das Leitungsdeputat (jetzt 0,0148, früher 0,0108). Die an

sich begrüßenswerte Erhöhung des Deputats für Abteilungsleitungen im BG wird durch Kürzungen bei Entlastungsmöglichkeiten von Lehrkräften erkaufte. Das HKM zieht sich auf die Aussage zurück, dass sie den Fehler sehe, aber dass die Schulen nicht weniger Deputat hätten. Die Verordnung will das HKM nicht ändern, die Schulen sollen dies intern regeln. Der HPRLL solle dem HKM Schulen nennen, bei denen es Probleme gäbe. Im Klartext bedeutet dies, dass das HKM den HPRLL auffordert, Konflikte in die Schulen zu tragen. Eine Frechheit!

Die bisherige Regelung für den Unterrichtseinsatz in Justizvollzugsanstalten (JVA), die vorsah, dass für 3 Stunden Berufsschulunterricht in den JVA eine Anrechnungsstunde gewährt wird, ist weggefallen. Unter den neuen Bedingungen findet sich wahrscheinlich niemand mehr, der die zeitaufwändigere, schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen würde. In der JVA findet neben dem Berufsschulunterricht auch allgemeinbildender Unterricht statt. Dieser wird von Lehrkräften erteilt, die vom Justizministerium angestellt sind, zu meist verbeamtet. Diese KollegInnen haben andere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit wie „normale“ Lehrkräfte: Zusätzliche Erschwerniszulage, frühere Pensionierung bzw. Renteneintrittsalter und nur 20 Pflichtstunden. All diese Bedingungen haben die Berufsschullehrkräfte, die an der JVA unterrichten, nicht. Der Vergleich

zwischen den Pflichtstunden normaler allgemeinbildender Lehrkräfte und denen in der JVA ergibt die alte Regelung, dass für drei Stunden Berufsschulunterricht in der JVA eine Stunde ermäßigt wird. Auch hier will das HKM keine Änderung der Verordnung umsetzen. Hier hilft anscheinend nur der Protest der betroffenen Lehrkräfte und eine Solidarisierung aller Kolleginnen und Kollegen.

LiV-Einstellung zum 1.11.

Zum 1.11. standen 143 Stellen für LiV an den Studienseminaren für berufliche Schulen zur Verfügung. Es konnten jedoch mangels Bewerbungen nur 84 Einstellungen in den Vorbereitungsdienst und 16 Quereinstiege realisiert werden. Hinzu kommen 12 FachlehreranwärterInnen.

Von 2006 bis 2011 lag die Zahl der LiV-Einstellungen immer über 120. Diese sackte zum 1.5.2012 auf 104 und nun auf 100 ab.

Erschreckend sind die Zahlen in den Mangelfächern Metall, Druck, ET und Informatik. In Metall gibt es hessenweit nur sieben neue LiV, in Druck nur zwei, in ET nur vier und in Informatik auch nur zwei. Es traten zum 1.11. gerade mal 100 LiV ihre Ausbildung an den Studienseminaren an. Alarmierende Signale für die zukünftige Versorgung der beruflichen Schulen mit ausgebildeten Lehrkräften.

Einstellungsbericht

Das HKM legte dem HPRLL den Einstellungsbericht für das Schuljahr 2011/2012 vor. Darin sind alle unbefristeten Einstellungen vom 15.3.2011 bis zum 14.9.2012 erfasst. In diesem Zeitraum wurden 253 Berufsschullehrkräfte und 12 Lehrkräfte für arbeitstechnische Fächer an beruflichen Schulen eingestellt.

Im Ranglistenverfahren wurden 186 Stellen durch Berufsschullehrkräfte besetzt, durch Ausschreibung 67 Stellen. Das Ranglistenverfahren bleibt somit weiterhin das Regelverfahren für die Einstellung. Wie viele Stellen nicht besetzt werden konnten, ist dem Bericht nicht zu entnehmen. Dass die Zahl jedoch nicht unerheblich ist zeigt die Tatsache, dass über die Hälfte der Ausschreibungsverfahren erfolglos waren.

Abschlussveranstaltung ViLBe

Am 8.11.2012 fand an der Konrad-Adenauer-Schule in Kriftel die Ergebnis- und Transferveranstaltung des Modellprojektes Virtuelles Lernen in Berufsschulen (ViLBe) statt. Im Verlauf der vergangenen vier Jahre konnten in den beteiligten Pilotschulen durch die zusätzliche Projektförderung die Umsetzung virtueller Lehr- und Lernformen für die schulische Berufsausbildung erprobt werden. So wurden für verschiedene Berufsfelder transferfähige Unterrichtskonzepte zur didaktischen Verknüpfung von Präsenzunterricht in den Schulen und dem Online-Lernen im Ausbildungsbetrieb und an anderen Lernorten entwickelt. Der Haken dabei sind die Mittel und die Ausstattungen, die dafür notwendig sind. Wenn die Ergebnisse umgesetzt und übertragen werden sollen, besteht ein hoher Bedarf an zusätzlichen Mitteln für Fortbildung und Ausstattung. Ein groß aufgelegtes Ausstattungs Sonderprogramm scheint hierfür nötig.

Die Ergebnisse sollen in Form eines Handbuches dokumentiert und allen Interessierten über die Projekt-Homepage zur Verfügung gestellt werden. Voraussichtliche Veröffentlichung des Handbuches im Januar 2013.

Projekt „Integration durch Austausch (IdA)“

Ein Schulpersonalrat hat den HPRLL angeschrieben mit der Bitte um Unterstützung zur Weiterführung des ESF-Programms „IdA – Integration durch Austausch“. Das Programm wurde seit mehreren Jahren erfolgreich umgesetzt, sodass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das HKM eingeladen hat, das Projekt auch im Jahre 2013 fortzuführen. Im Projekt wird benachteiligten Jugendlichen ein begleitetes Auslandspraktikum während der Ausbildung ermöglicht. Es geht dabei um über 2 Millionen Euro und die Stellen von mindestens 10 Sozialarbeitern bei Trägern und 1,5 Stellen im HKM. Der Landesanteil beträgt lediglich 15%.

Ein Vorschlag für die Darstellung des Landesanteils in Form von 1,5 Stellen lag bereits seit längerem der Leitung der Berufsschulabteilung vor ebenso wie eine Vorlage für die Beantragung. Was fehlte, war die Zustimmung des zuständigen Abteilungsleiters und dessen Unterschrift. Der HPRLL sprach das Thema gegenüber der Hausspitze an und forderte die Dienststelle auf, das ESF-Programm „IdA – Integration durch Austausch“ im Jahre 2013 fortzuführen und die dafür notwendigen Schritte umzusetzen.

Innerhalb von zwei Wochen wurde der Antrag, nachdem er monatelang unbearbeitet auf dem Schreibtisch lag, auf den Weg gebracht. Die Mittel für benachteiligte Jugendliche und die Stellen bei den Trägern und im HKM konnten durch die Initiative des Schulpersonalrats und des HPRLL gesichert werden.

Ralf Becker



ZUKUNFT DES PROGRAMMS EIBE

Kleine Anfrage des Abg. Mathias Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 18. Juli 2012 betreffend und Antwort der Kultusministerin

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Wie beurteilt die Landesregierung das Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE)?

Im Rahmen des über das Land Hessen sowie den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierten Programms zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE) können Jugendliche mit besonderem Förderbedarf im Rahmen einer in der Regel einjährigen additiven Maßnahme zum Regelangebot der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung individuell noch besser gefördert werden. Zielgruppe von EIBE sind insbesondere Migrantinnen und Migranten (z.B. mit nur geringfügigen deutschen Sprachkenntnissen), Jugendliche, die aus dem Bereich der Förderschulen in die beruflichen Schulen übergehen und Jugendliche ohne Hauptschulabschluss bzw. mit mangelnder Ausbildungsreife. Den teilnehmenden Jugendlichen werden zusätzlich Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (sechs Wochenstunden sozialpädagogischer Projektunterricht im Klassenverband und Einzelbetreuung) zur Seite gestellt. Alle Maßnahmen sollen den Jugendlichen eigenverantwortliche Lebensperspektiven eröffnen, ihre Persönlichkeit stärken und ein Abgleiten in die Resignation durch erlebte Arbeitslosigkeit verhindern. Oberstes Ziel ist also, den teilnehmenden Jugendlichen den Übergang in eine Berufsausbildung, ein Arbeitsverhältnis oder einen vollschulischen Berufsbildungsgang zu erleichtern und Ausbildungsreife herzustellen. Zudem kann ein

dem Hauptschulabschluss gleichwertiger Abschluss erworben werden. Das Programm wird als erfolgreich angesehen.

Frage 2. Ist es zutreffend, dass das Kultusministerium die Einstellung des Programms EIBE plant?

Das Programm „Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt“ („EIBE“) ist auf die laufende ESF-Förderperiode (2007 bis 2013) ausgerichtet. Das Kultusressort ist mit Blick auf die künftige ESF-Förderperiode (2014 bis 2020) gehalten, auf Basis der derzeit vorliegenden (vorläufigen) generellen strategischen und rechtlichen Vorgaben der EU ESF-finanzierte Projekte zu formulieren. Fest steht, dass die Inhalte des in der laufenden Förderperiode erfolgreich durchgeführten Programms „EIBE“ auch in der neuen Förderperiode fortgesetzt werden. Das Klientel derjenigen Jugendlichen, die bisher im Fokus des Projekts „EIBE“ stehen, wird auch künftig Berücksichtigung finden. Über die Weiterentwicklung von „EIBE“, aber auch von „SchuB“ als weiteres ESF-finanziertes Programm, wird derzeit hausintern beraten. Beide Programme werden in ihrer inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung auf ihre Zielgerichtetheit überprüft. Die konzeptionellen Ansätze können frühestens mit Vorliegen rechtsverbindlicher Vorgaben der EU konkretisiert werden. Weitergehende Aussagen hierzu sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

*Wiesbaden, 8. August 2012
Nicola Beer*

Kommentar

Die Kultusministerin sieht EIBE zwar „als erfolgreich“ an. Gleichwohl ist eine Fortführung eines solchen oder ähnlichen Programms für die genannten Zielgruppen äußerst ungewiss. Zum einen verteilen sich die EU-Gelder auf mehr Länder als vor 7 Jahren. Zum anderen gibt es in manchen Ländern vornehmlich im Süden eklatante Probleme mit Jugendarbeitslosigkeit (bis zu 50%). Zu befürchten ist deshalb, dass Deutschland aus dem Gesamtkuchen des ESF deutlich weniger Mittel bekommt als in der letzten Förderperiode. Und schließlich ist das federführende Ministerium das Sozialministerium. Der Verteilungskampf zwischen den Ministerien goes on! (DS)

Die Förderperiode für die aus dem Europäischen Sozialfond unterstützten Programme endet 2014. An den Beruflichen Schulen sind davon die EIBE-Maßnahmen betroffen.

ZUM PROJEKT EIBE

Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen hat am 07.12. beschlossen, dass die Fortführung der EIBE-Maßnahmen auch in der neuen Förderperiode unbedingt erforderlich ist! Wir als GEW fordern, dass alle Jugendlichen beim Verlassen der allgemein bildenden Schulen über eine Ausbildungs- und Berufsreife verfügen, siehe Beschluss des Landesvorstandes der GEW Hessen vom 25.8.2011 „Zukunft der Berufsbildenden Schulen“.

Trotz aller laufenden und noch zu erwartenden Bemühungen im Sek.I-Bereich ist jedoch davon auszugehen, dass dennoch nicht alle den Übergang ins Berufs- und Arbeitsleben schaffen. Der Besuch des 10. Schuljahres an Berufsbildenden Schulen wird deshalb nicht ausbleiben. Wenn ein Angebot wie EIBE an den etwa 70 Beruflichen Schulen mit nahezu 3000 Schülerinnen und Schülern in Hessen entfiel, würde dies gewachsene Strukturen an den Schulen zerstören und Entwicklungsmöglichkeiten für diese Schülergruppe massiv beeinträchtigen.

Was ist das Besondere an EIBE?

An erster Stelle zu nennen ist die sozialpädagogische Betreuung. Im Unterschied zu üblichen sozialpädagogischen Angeboten sieht das EIBE-Konzept die Sozialarbeit als integralen Bestandteil des schulischen Alltags innerhalb der Lerngruppen vor, d.h.: Verankerung im Stundenplan, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Lehrkräften durch Anbindung an

Klassenteams, Elternarbeit und enge Kooperation mit außerschulischen Institutionen und Ämtern.

Berufsbezogene Projekte mit der Möglichkeit zum Erwerb von Basisqualifikationen und zu von den Innungen bzw. Kammern anerkannten Qualifizierungsbausteinen gehören ebenso zum Fundament von EIBE.

Organisation und Durchführung von begleiteten betrieblichen Praktika und die Vorbereitung auf die Hauptschulabschlussprüfung sind weitere Fördervoraussetzungen.

Die Vorgabe für die Durchführung von EIBE erfordert von den Schulen erstellte Konzepte und deren Evaluation. Handlungsorientierter Unterricht als ein Prinzip mit der Ausarbeitung von konkreten Projekten gehören zur Grundlage für die Genehmigung der Lehrgänge: Dies ist Standard bei der jährlichen Beantragung und erfordert neben der üblichen Unterrichtstätigkeit für Unterrichtende in diesem Bereich hohes Engagement. Der stetige



Wandel, bedingt durch die von Jahr zu Jahr andere Zusammensetzung der Ziel- und Lerngruppen, verlangt hohe Flexibilität bei der Gestaltung von Projekten. Übergabekonferenzen mit den abgebenden Schulen sowie die Erstellung von individuellen Förderkonzepten gehören ebenfalls zum Standard.

Neben den oben genannten Schülergruppen ist, regional unterschiedlich, die berufliche Integration von über 15-jährigen Zuwanderern eine weitere, ständig wachsende Zielgruppe. Diese, vom Lernstand und ihren kulturellen Prägungen her sehr heterogen zusammengesetzte Gruppe benötigt andere Angebote und Qualifikationen der Lehrkräfte, die zum Teil erst erworben werden müssen, z.B. Deutsch als Zweitsprache. Schülerinnen und Schüler von Förderschulen haben wiederum einen anders gelagerten Förderbedarf. Auch hierfür werden an den Schulen in Kooperation mit den abgebenden Schulen passgenaue Konzepte entwickelt.

Wir als Landesfachgruppe der GEW Hessen plädieren dafür, dass die Bedingungen für die Arbeit in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung an Beruflichen Schulen verbessert werden. Es darf nicht dazu kommen, dass von Förderperiode zu Förderperiode die bürokratischen Hürden wachsen und die sächlichen und personellen Ressourcen abgebaut werden – so wie geschehen beim Übergang von EBA zu EIBE.

Unabhängig von EIBE fordern wir, dass für alle Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung an den beruflichen Schulen sozialpädagogische Betreuung als integraler Bestandteil des schulischen Alltags der Lerngruppen obligatorisch wird.

Karl Schywalsky

neue Publikationen



Lebenslang Lehrer? Alternativen zum Lehrerberuf

Ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer ist akut von Burnout bedroht, ein weiteres Drittel leidet an chronischer Überlastung. Viele fragen sich, ob sie den richtigen Beruf gewählt haben.

Dieses Buch nimmt die Nöte derjenigen ernst, die über Alternativen zum Lehrerberuf nachdenken oder ihrem Leben noch einmal eine ganz neue Richtung geben wollen. Aus dem Inhalt:

- ☞ Erfahrungsberichte von ehemaligen Lehrer/innen, die sich beruflich neu orientiert haben
- ☞ Eine Übersicht über konkrete Alternativen zum Lehrerberuf
- ☞ Alternativen zu Ausstieg und Frühpensionierung
- ☞ Infos zu Self-Assessments für Lehramtskandidaten
- ☞ Hilfreiche Impulse für die Selbstreflexion.

Thomas Unruh ist Hauptseminarleiter am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg und Autor diverser pädagogischer Fachbücher. ISBN 978-3-407-62661-5

Kuhnke/Skrobanek (2012): Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in berufs- und ausbildungsvorbereitenden Angeboten.

Bericht zur Vergleichsuntersuchung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den drei Angeboten: Berufsvorbereitungs- bzw. Ausbildungsvorbereitendes Jahr, Produktionsschule und Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Seit Jahren wird kontrovers über die Wirksamkeit bestehender berufs- und ausbildungsvorbereitender Angebote am Übergang zwischen Schule und Ausbildung bzw. Beruf diskutiert. Bislang mangelt es jedoch an belastbaren Vergleichs-

daten, inwieweit es verschiedenen Übergangsangeboten gelingt, junge Menschen so zu fördern, dass eine berufliche und in vielen Fällen auch soziale Integration gelingt. Die vorliegende Evaluationsstudie des DJI nimmt drei etablierte Förderangebote - das einjährige Berufsvorbereitungs- bzw. Ausbildungsvorbereitende Jahr (BVJ/AVJ), die Produktionsschulangebote (PS) und die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) - in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vergleichend in den Blick. Knapp 1.000 Teilnehmer/innen wurden zu Beginn, zum Abschluss und ein halbes Jahr danach zu ihrer spezifischen Situation und ihren Erfahrungen befragt.

Die Broschüre kann über maerz@dji.de kostenlos bestellt werden.

Broschüre: Übergänge mit System - Fünf Forderungen für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf

Wie kann der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung verbessert werden und jedem jungen Menschen die Chance auf eine Berufsausbildung eröffnet werden? Die Beteiligten der Initiative Übergänge mit System - die Bertelsmann-Stiftung, 16 Ministerien aus neun Bundesländern sowie die Bundesagentur für Arbeit - haben dazu ein Konzept erarbeitet und dieses zu fünf Forderungen für eine Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf zusammengefasst. Gedruckte Exemplare der Broschüre können Sie erhalten über eine kurze E-Mail an ZdB-News@bertelsmannstiftung.de



INNOVATIONSPREIS FÜR BERUFLICHE SCHULEN

Die VhU (Vereinigung hessischer Unternehmer) und Kultusministerin Beer vergaben am 7.11.2012 in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren an beruflichen Schulen den 5. Innovationspreis Berufliche Schulen in Hessen. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert, die gleichmäßig auf die fünf Sieger verteilt wurden. Im Folgenden werden die Projekte der 5 Preisträger kurz vorgestellt. Weitere Infos können den Homepages der Schulen entnommen werden.

„Vertiefte Berufsorientierung“

In diesem Projekt der Beruflichen Schulen Biedenkopf soll den SchülerInnen der umliegenden SEKI Schulen der Einstieg in eine Berufsausbildung erleichtert werden, indem zunächst eine Kompetenzfeststellung durch die allgemein bildenden Schulen erfolgt. Eine darauf folgende vertiefte Berufsorientierung in der beruflichen Schule sowie ein Betriebspraktikum und eine Hospitation sollen die Vermittlung in eine duale Ausbildung fördern. Wichtig ist die enge Kooperation zwischen den Lehrkräften der SEK I und den Lehrkräften in der beruflichen Schule.

„Innovative Produktionsschule“

In diesem Projekt der Max-Eyth-Schule Dreieich können Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren, die bereits einen Schulabschluss haben, Erfahrungen sammeln und Fähigkeiten erlernen, um im Anschluss einen Ausbildungsplatz oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden. Im Rahmen des Projektes werden reale Kundenaufträge bearbeitet. Das Besondere an dieser Produktionsschule ist, dass sie Teil einer berufli-

chen Schule ist und nicht, wie sonst eher üblich, bei einem Träger angesiedelt ist.

„Systematische Berufsorientierung“

Hier wird in Kooperation der Gewerblichen Schulen des Lahn-Dill-Kreises mit den vier umliegenden SEK I-Schulen der Einstieg in eine Berufsausbildung durch eine vorab erfolgende berufliche Vorbereitung ermöglicht. Die SchülerInnen können mit pädagogischer Begleitung zwei Berufsfelder aus sechs angebotenen (Holz, Metall, Fahrzeugtechnik, Ernährung, Elektronik und Sozialpädagogik / Sozialpflege) kennenlernen, indem sie in der Jahrgangsstufe 8 wöchentlich acht Stunden einen Berufsorientierungstag an der beruflichen Schule besuchen. Zudem absolvieren die SchülerInnen im Anschluss ein zweiwöchiges Betriebspraktikum.

„Selbstbewirtschaftung des Bistro Alice“

Das Projekt „Bistro Alice“ der Aliceschule in Gießen ist eine schuleigene Cafeteria, die durch SchülerInnen betreut wird. Dieser praxisnahe Lernort bezieht Auszubildende unterschiedlicher Bereiche (z.B. Bäcker und Fleischer) sowie SchülerInnen aus den Berufsfachschulen mit ein. Eine weitere Besonderheit ist die Ernährungserziehung, da die Schule ein Leitbild zur gesunden Ernährung lebt.

„Die Juniorexperten“

Die Juniorexperten der Georg-Kerscheneiner-Schule Obertshausen sind Auszubildende unterschiedlichster Berufe aus den Bereichen Wirtschaft/ Verwaltung und Gastronomie, die SchülerInnen an allgemein

bildenden Schulen der Umgebung ihre Ausbildungsberufe vorstellen. Die Auszubildenden stellen ihre bisherigen Erfahrungen vor und bieten den zum großen Teil noch unentschlossenen SchülerInnen einen Einblick in den Beruf „auf Augenhöhe“. Bei Interesse der Schülerinnen und Schüler bieten die Auszubildenden „4-Augen-Gespräche“ und „Patenschaften“ an. Gleichzeitig reflektieren die Auszubildenden durch die Vorbereitung auf die Präsentation ihres Berufs und ihres Betriebs ihre bisherigen Lernprozesse und Lernergebnisse in der Ausbildung.

Fazit

In ihrem Eingangsstatement hat die Kultusministerin die Preisträger gelobt und die Bedeutung der beruflichen Schulen für die Bildungslandschaft in Hessen hervorgehoben. Diesen warmen Worten müssen jedoch auch Taten folgen. Die Projekte in Biedenkopf und im Lahn-Dill-Kreis eignen sich gut für ländliche berufliche Schulen mit einem breiten Berufsfeldangebot. Die Schulen stemmen die Projekte jedoch aus Bormitteln, anstelle einer entsprechenden zusätzlichen Stellenzuweisung. Und die Möglichkeiten, Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in einer beruflichen Schule als Produktionsschule zu gestalten, sind bisher ausschließlich selbständigen Schulen gegeben. Diese Möglichkeit muss aber für alle beruflichen Schulen eröffnet werden. Auch für die Selbstbewirtschaftung von Kiosken, Bistros und Cafeterien an beruflichen Schulen müssen rechtliche Rahmenbedingungen für alle Schulen geschaffen werden, die den Weg über Fördervereine oder sonstige Konstrukte erübrigen.

Frau Beer übernehmen Sie!

Ralf Becker

Am 28. November 2012 fand die Abschlussveranstaltung des Modellprojekts „Berufliche Kompetenzen messen - KOMET (Metall)“ in der Friedrich-Ebert-Schule Wiesbaden statt. Kultusministerin Beer dankte dem KOMET - Konsortium für die geleistete Arbeit und sicherte ihre Unterstützung für weiterführende Projekte zu.

KULTUSMINISTERIN WÜRDIGT BASISARBEIT IM KOMET - PROJEKT

Grund der Veranstaltung war der Abschluss eines vom Land Hessen und der UNI Bremen initiierten Modellprojekts in den Berufen KFZ - Mechatroniker und Industriemechaniker, das auf das Vorgänger - Projekt in der Elektrotechnik/Informationstechnik aufbaute. Das Kompetenz - Diagnostik - Team der UNI Bremen präsentierte die gefundenen Erkenntnisse. Die Lehrerschaft stellte die Auswirkungen des Projektes auf den Unterricht dar.

KOMET und Unterrichtsentwicklung

Im Mittelpunkt der KOMET-Abschlussveranstaltung standen die Vorstellung ausgewählter Lernaufgaben und die Beschreibung eines Verfahrens, mit dem es möglich ist, entwickelte berufliche Kompetenzen zu messen. Die Lernaufgaben weisen dabei bereits in ihrer Struktur auf Unterrichtskonzeptionen hin, bei denen nicht die Vermittlung fachlichen Wissens im Vordergrund steht, sondern ein offener Unterricht, der problemlösendes und projektorientiertes Lernen ermöglicht. Dies ist ein wichtiger Teil der Qualitätsentwicklung von Schulen, vielleicht sogar sein wichtigster, denn hier findet Unterrichtsentwicklung statt.

Nach dem KOMET-Kompetenzmodell sind die heute als so wichtig angesehenen überfachlichen Kompeten-

zen nicht lediglich Zusatzausstattungen, sondern gehören zu den tragenden Säulen der Lernaufgabe und sind damit Wesenszug eines kompetenzorientierten Unterrichts, der die Gestaltung persönlicher, beruflicher und gesellschaftlich politischer Identität zum Ziel hat.

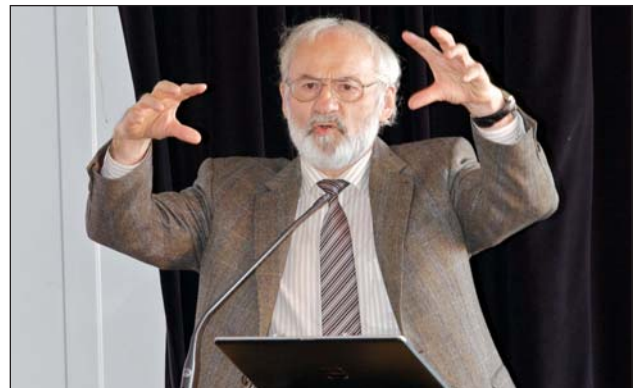
KOMET und Berufliche Identität

In bereits zwei Testdurchgängen wurden viele aufschlussreiche Ergebnisse ermittelt. Dass dies überhaupt möglich wurde, bewirkte die Arbeit des Diagnostik - Teams der UNI Bremen um Professor Felix Rauner. So konnten die Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler vom zweiten zum dritten Ausbildungsjahr in einer Längsschnittuntersuchung beurteilt werden. Es wurde in einer Querschnittuntersuchung ein Vergleich gezogen zwischen den vorhergehenden und den aktuellen zweiten bzw. dritten Ausbildungsjahren. Parallel dazu wurden Erhebungen zum Umfeld der Schülerinnen und Schüler in einer Kontextabfrage durchgeführt. Dabei wurden die von den Schülerinnen und Schüler erreichten Kompetenzniveaus in Bezie-

hung gebracht mit deren Identifizierung zu ihrem Ausbildungsberuf, dem Ausbildungsbetrieb, ihrer Arbeitsmoral und unter anderem ihren Beziehungen zum Unterricht und zu ihren Lehrerinnen und Lehrern.

KOMET und Individualisierung von Lernprozessen

Als die ersten Testergebnisse des Hessischen KOMET - Projektes im Sommer 2011 bekannt wurden, zeigten sie zwei Dinge auf. Bei den Industriemechanikern hatten bereits 38 Prozent der Schülerinnen und Schüler des zweiten Ausbildungsjahres die höchste Kompetenzstufe, die Stufe der Gestaltungskompetenz und 32 Prozent die zweithöchste Stufe, die Stufe der Prozessualen Kompetenz, erreicht. Eine erste Schlussfolgerung war: Die Berufsschule unterfordert die Auszubildenden. Für diese zusammen gerechneten 70 Prozent werden schlichtweg anspruchsvollere Aufgaben benötigt.



Zudem müssen sie in die Lage versetzt werden, ein hohes Maß an Selbständigkeit beim Lernen zu erreichen. Ziel muss ferner sein, für Auszubildende, die einfachste Funktionszusammenhänge nicht verstehen, Zeit und Raum zu schaffen, damit diese in die nächsthöhere Kompetenzstufe gelangen. Das Kompetenzmodell nach KOMET liefert durch die Definition von Lernbereichen die Antwort auf die Frage, welche Förderaufgaben diesen Auszubildenden angeboten werden können.

KOMET und Chancen durch duale Ausbildung

Eine zweite sehr wertvolle Erkenntnis war, dass die Berufsschule bereits im ersten Ausbildungsjahr über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, die laut PISA - Studie der so genannten potenziellen Risikogruppe angehören, auffängt und über die Stufe der Nominellen Kompetenz in die Stufe der Funktionalen Kompetenz hebt. Nach PISA sagt man diesen Menschen eine Berufsunfähigkeit und große Schwierigkeiten in der privaten Lebensführung nach, ganz zu schweigen von einer aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Menschen haben somit nachweislich in der dualen Berufsschule eine echte Chance.

KOMET und Professionalität

Die Ergebnisse verändern bei allen Beteiligten zum Teil über Jahre gewachsene Voreingenommenheiten. Der Umgang mit den Schülerinnen und Schülern in Kenntnis ihrer Kompetenzen macht es leicht, ihnen respektvoll, den künftigen Facharbeiter vor Augen, entgegen zu treten und qualifizierte begründete Antworten gemeinsam zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, Fragen, Problemstellungen und Erfahrungen aus der täglichen Berufspraxis aufzugreifen und deren Antworten und Lösungen aus verschie-

denen Betrieben zu vergleichen. Der KOMET - Prozess mit seinem diskursiven Ansatz fördert darüber hinaus den Ideen- und Erfahrungsaustausch der Lehrkräfte untereinander wie auch mit den Schülerinnen und Schülern sowie deren Ausbildern

„Ausstrahlung“ von KOMET

Die Messbarkeit der entwickelten Kompetenzen in Verbindung mit Gestaltungsprinzipien des Unterrichts, welche die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, selbständig zu lernen, verleiht diesem Projekt seine besondere Disposition und seinen Pilotcharakter. Andere Vorhaben in der beruflichen Bildungslandschaft orientieren sich bereits an KOMET. Auch in Nordrhein-Westfalen sind erste an dem KOMET-Kompetenzmodell ausgerichtete Projekte entstanden.

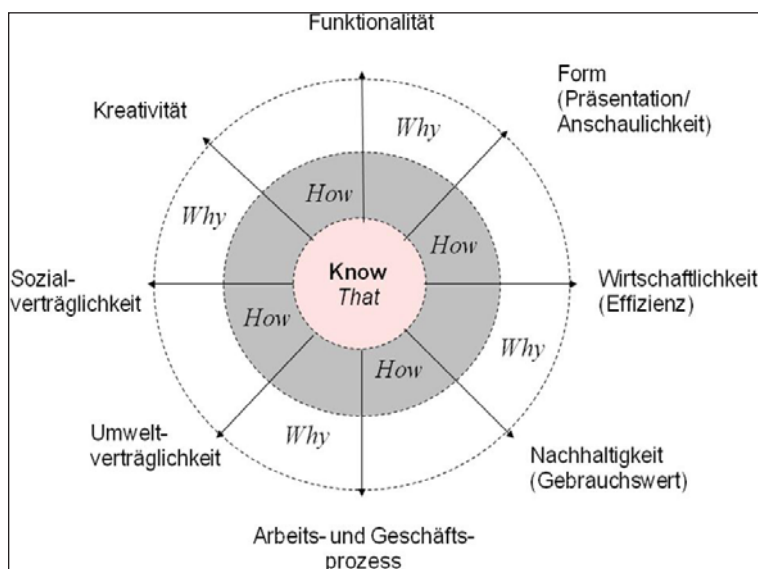
Grund hierfür ist, dass neben der Diagnostik in den KOMET-Projekten die Entwicklung von Kompetenzen durch entsprechende Lernaufgaben und die Verbesserung der Unterrichtsqualität durch einen mehrschichtigen diskursiven Prozess im Vordergrund stehen. Das KOMET - Projekt ist zudem in den letzten Jahren zu einem weltumspannenden Prozess der Qualitätsentwicklung in Schulen der Berufsausbildung geworden. Nicht nur in Deutschland sondern z. B. auch in der Schweiz und China wird über die Anwendung von KOMET diskutiert. Das Kompetenz - Modell und die ent-

wickelten Diagnostikwerkzeuge sind weltweit einzigartig. Die Folge: Der Rest der Welt interessiert sich für den Exportschlager „Made in Germany“.

KOMET als Auftakt

Das nun abgeschlossene KOMET - Projekt versteht sich als einen Auftakt mit Pilotcharakter für die Entwicklung kompetenzorientierten Unterrichts, für die Erweiterung der Sichtweise auf Unterrichtsentwicklung an sich und eine Chance für alle Bereiche beruflicher Bildung. Mit den Erfahrungen in der dualen Berufsschule gibt es viele Argumente für einen Transfer von KOMET in das allgemeine Schulwesen. Der Übergang von Schule und Beruf kann optimiert werden und darüber hinaus bietet sich die Chance zur Beschreibung von Kompetenzen für mehr Transparenz auf internationaler Ebene (EQF).

*Jan Burger, Thomas Scholz und Klaus Spiekermann
Friedrich-Ebert-Schule Wiesbaden*



Das Herzstück des KOMET-Kompetenzmodells. Mit Hilfe der Darstellungsweise des Spinnennetzes wird das erreichte Kompetenzniveau hinsichtlich acht Indikatoren beurteilt. In das Spinnennetz werden die im KOMET-Test erreichten Punkte je Indikator eingetragen. Dabei ist eine hohe Punktzahl in Verbindung mit einer möglichst gleichmäßigen Verteilung über alle Indikatoren anzustreben. Wer also viele Punkte im Indikator Funktionalität erreicht hat, aber wenig im Indikator Arbeits- und Geschäftsprozesse kommt trotz hoher Punktzahl nicht in die Kompetenzstufe der Prozessualen Kompetenz.

Im Folgenden wird über eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte der beruflichen Schulen und Oberstufengymnasien sowie Lehrende der außerschulischen Bildung im Landkreis Darmstadt-Dieburg zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ berichtet

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Fortbildungsreihe zur Bildung für nachhaltige Entwicklung fand als Bildungsangebot des HESSEN-CAMPUS Darmstadt-Dieburg in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk Hessen e.V. im Herbst 2012 statt. Als Referentin konnte die Dipl.-Geographin Kerstin Stuhr aus Essen gewonnen werden, die als zertifizierte Nachhaltigkeitstrainerin und Beraterin für Bildung für nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Projekten im In- und Ausland zu diesem Thema Erfahrungen sammeln konnte.

In der sechstägigen Fortbildungsreihe, die über Fördermittel des Hessischen Kultusministeriums finanziert wurde, haben sich die Teilnehmenden in verschiedenen Workshopphasen mit verschiedenen Aspekten von nachhaltiger Entwicklung beschäftigt.

Im Rahmen der zweitägigen Auftaktveranstaltung stand zunächst die Auseinandersetzung mit dem eigenen Nachhaltigkeitsverständnis im Vordergrund. Darauf aufbauend wurde eine eigene Arbeitsvision und -definition einer Bildung für nachhaltige

Entwicklung für den eigenen Bildungs- und Lebensalltag entwickelt.

Die beiden nächsten Workshop-tage haben die Teilnehmenden genutzt, um in kleinen Gruppen gemeinsame Unterrichtseinheiten und



Bildungsprojekte zu entwickeln. Entstanden sind so vier Arbeitsprojekte, welche die Kleingruppen an den beiden letzten Fortbildungstagen vorgestellt und reflektiert haben. Gleichzeitig konnten sie einzelne Unterrichts- bzw. Projekteinheiten mit den anderen Teilnehmenden ausprobieren.

Folgende Projekte wurden ausgearbeitet:

Mitarbeiterinnen der Weltläden in Darmstadt und Dieburg haben gemeinsam ein Workshop-Angebot für Schulklassen mit dem Titel „Die lange Reise meines T-Shirts“ entwickelt. Dabei steht die Produktion

eines T-Shirts vom Anbau der Baumwolle bis zum Kauf des Verbrauchers im Mittelpunkt. Thematisiert werden die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern, die Wege, die das T-Shirt bis zum Käufer zurückgelegt hat, der Energieverbrauch bei der Produktion sowie Alternativen. Es geht um die Auswirkungen der Globalisierung, das eigene Konsumverhalten, Fair Trade und nachhaltigen Konsum.

nomie eines Produktes auseinanderzusetzen. Inhaltlich ist u.a. ein Textilworkshop „aus alt mach neu“ vorgesehen. Das Projekt soll fächerübergreifend mit dem Ziel einer gemeinsamen Produktentscheidung (EDV/ Mathe – Ökonomie, Deutsch – Film „Die Kik Reportage“, Soziales Lernen – Thema Armut) angelegt werden. Optional können noch eine Kleidertauschbörse oder eine Beratung „Dress for Job“ angeboten werden.



Eine zweite Gruppe hat ein gemeinsames Projekt in einem ähnlichen Kontext erarbeitet. Hier geht es um die Erstellung eines Abschluss-T-Shirts für Berufsvorbereitungsklassen des Berufschulzentrums Landrat-Gruber-Schule in Dieburg. In Kooperation mit dem Weltladen Dieburg sollen die SchülerInnen in einem Projekt ihr Abschluss-T-Shirt gestalten. Dabei sollen sie sich in fünf Modulen mit den Sachinformationen zur Oberbekleidung, dem eigenen Konsumverhalten, der Produktionskette, -wegen, -nutzung, -verwertung und der Öko-

In einem dritten Projekt unter dem Titel „Nachhaltige Entwicklung. Wir erben die Erde nicht von unseren Vorfahren, wir leihen sie von unseren Kindern“ wurden Unterrichtseinheiten und Kooperationsveranstaltungen von Lehrern des Berufschulzentrums Landrat-Gruber-Schule und dem benachbarten Oberstufengymnasium Alfred-Delp-Schule entwickelt und angestoßen.

Mit den Zielen der Bewusstseinsänderung (Warum nachhaltig leben?) und der Handlungskompetenz (Warum nachhaltig handeln?) wurden zu unterschiedlichen Aspekten nachhaltiger Entwicklung Unterrichtsideen erarbeitet. Die Gliederung dabei war immer gleich aufgebaut. Nach der Bewusstmachung des Problems und der Erforschung der Ursachen und Folgen steht die Entwicklung von Lösungen und Maßnahmen im globalen und lokalen Kontext. Darauf aufbauend erfolgt dann abschließend eine Abschätzung der Lösungswahrscheinlichkeit. Besonders beeindruckt hat hier der Einsatz des Kybernetischen Systems als Methode.

Das vierte vorgestellte Projekt zum Thema Mobilität richtet sich als Angebot eines außerschulischen Trägers an Schulen oder Klassen, die eine Projektwoche o.ä. zu diesem Thema anbieten möchten. Es wurde ein fertiges Konzept erarbeitet das damit startet, zunächst die eigene Mobilitätsnutzung der SchülerInnen zu thematisieren und davon ausgehend das Thema Mobilität heute in den Mittelpunkt zu stellen. Im Anschluss können in Kleingruppen Exkursionen mit unterschiedlichen Fortbewegungsmitteln stattfinden, die dann entsprechend reflektiert werden. Darüber hinaus sind noch weitere Projekteinheiten denkbar, z.B. Fahrradwerkstatt, Leihfahräder in der Schule, Ausbildung zum ÖPNV-Coach, Berichte für die Schulzeitung zum Thema, Leserbrief an lokale Zeitungen, Mobilitätsausstellung, Reiseagentur mit Freizeitratgeber Nachhaltigkeit...

Die Teilnehmenden der Fortbildungsreihe haben das Angebot der Vernetzung von schulischer und außerschulischer Bildung stark genutzt und als sehr positiven Aspekt für ihre künftige Arbeit gewertet. Auch die Möglichkeit der kritischen Reflektion der eigenen entwickelten Bildungsprojekte wurde sehr positiv aufgenommen.

Uli Wessely

Weitere Informationen zur Fortbildungsreihe und zu den entwickelten Bildungsprojekten können beim DGB Bildungswerk Hessen e.V. angefordert werden.

Kontakt: DGB Bildungswerk Hessen e.V.

E-Mail: uli.wessely@dgb-bildungswerk-hessen.de

SUCHTPRÄVENTION AN EINER BERUFLICHEN SCHULE?

Seit mittlerweile 12 Jahren sind wir „Beratungslehrerinnen für Suchtprävention“ an der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg. Als in der Gesamtkonferenz ein Nachfolger für diesen „Posten“ gesucht wurde, haben wir uns spontan zu zweit - als Team - gemeldet.

Uns war anfangs nicht genau klar, was zu diesem Job gehört, aber eines wussten wir sofort: Wir wollten eine Anlaufstelle gründen, wenn unsere Schülerinnen und Schüler Hilfe in persönlichen Krisensituationen benötigen, also nicht nur bei Sucht- und Drogenproblemen.

Die Dienstversammlungen auf Landkreisebene mit z.T. völlig anders orientierten Sek I-Beratungslehrer/innen machte uns eines schnell klar: An einer BS muss Suchtprävention anders sein. Deshalb mussten wir zuerst einmal unsere speziellen Bedürfnisse formulieren und selbständig unser Gebiet abstecken. Ganz klassisch ist, dass wir Materialien zu verschiedenen Sucht-Themen für den Unterricht zusammengestellt und Lehrer-Fortbildungen an unsere Schule geholt haben. Aufgrund verschiedener Fortbildungen

gen konnten wir als Multiplikatoren auch selbst Fortbildungen für unser Kollegium anbieten, z.B. zum Thema Alkohol. Mit von uns durchgeführten Workshops zum Thema Rauchen und Ausstieg wandten wir uns direkt an die Schülerinnen und Schüler.

Mehrere Jahre war die Mitgliedschaft in der Steuerungsgruppe des bundesweiten Projektes „Gemeinsam gesunde Schule entwickeln“ ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Im Rahmen dieses Projektes haben wir versucht, gemeinsam mit Schüler/innen und Kolleg/innen die Schule als Lebens- und Arbeitsraum gesundheitsfördernd zu gestalten.

Durch die Zusammenarbeit mit der Suchtberatungsstelle der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg bot sich die Möglichkeit, zu Jahresthemen Veranstaltungen anzubieten. Solche Jahresthemen entstanden durch Probleme, die wir verstärkt bei unseren Schüler/innen wahrgenommen hatten, z.B. Ess-Störungen oder Alkoholkonsum. Ein Highlight war mit Sicherheit die Aus-

SPRECHSTUNDE

- P** Probleme ansprechen
U Unterstützung erhalten
L Lösungen
S suchen



PULS-Sprechstunde:

Wir beraten Dich und vermitteln Dir Hilfe bei persönlichen Schwierigkeiten wie:

- Mobbing/ Problemen mit Mitschülern, Familie, Freunden, Partnern
- Abhängigkeiten und Sucht (Essstörungen, Alkohol, Rauchen, Drogen, Online-Spielsucht, allgemeine Süchte)
- Sexuellem Missbrauch
- Ängste / Depressionen



Margret Wiemer



Christiane Röschner

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche Schulen -Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

stellung „Der Klang meines Körpers – Kreative Wege aus der Essstörung“, die wir an der LGS zu Gast hatten und in der wir intensiv pädagogisch mit verschiedenen Klassen gearbeitet haben.

Auch die bekannte Theatergruppe „RequiSiT“ mit ihren ehemaligen suchabhängigen Schauspielern gehört zu den Stammgästen an unserer Schule, weil sie die Möglichkeit bietet, unverkrampft und authentisch in Kontakt mit den Jugendlichen zu kommen und im Anschluss Suchtthemen anzusprechen.

Dreh- und Angelpunkt unserer Tätigkeit ist jedoch die eingangs erwähnte Sprechstundenarbeit, die mittlerweile so gut angenommen wird, dass wir über eine veränderte Organisationsform und ein größeres Beratungsteam nachdenken müssen. Unsere Sprechstunde „PULS“ (Flyer auf www.lgs-dieburg.de) ist als Anlaufstelle für persönliche Probleme aller Art konzipiert. Wir hören zu und vermitteln, wenn nötig, weiterführende Hilfsangebote. Die Themen der Schüler/innen, die zu uns kommen, spiegeln die derzeitigen Brennpunkte: Waren es vor einiger Zeit noch die Essstörungen und Drogenprobleme, so sind es derzeit vor allem Depressionen, Lebensängste und familiäre Probleme, wegen denen die Jugendlichen kommen oder Kolleg/innen sie zu uns schicken. Immer wieder haben wir auch mit Mobbing-situationen zu tun. Ein weiteres Thema, das in letzter Zeit auftritt, ist Spielabhängigkeit und teilweise damit einhergehendes Schulversagen.

Obwohl die häufigsten Themen in der Sprechstunde direkt nichts mit Drogen und Sucht zu tun haben, sind wir der Überzeugung, dass die Möglichkeit zur Aussprache in einem geschützten Rahmen, verbunden mit der Möglichkeit zu weitergehenden Hilfs- und Beratungsangeboten auch suchtpreventiv wirken.

Darüber hinaus wurden wir in ver-

schiedenen Fortbildungen zu Ansprechpartnerinnen im Falle sexuellen Missbrauchs geschult. Und derzeit planen wir den Aufbau eines Krisenteams zusammen mit dem Schulseelsorger und anderen relevanten Personen der Schulgemeinde.

Außerdem sind wir Mitglieder in der Schulentwicklungsgruppe und wollen hier den Präventionsgedanken, den wir ja schon im Projekt „Gemeinsam gesunde Schule entwickeln“ vertreten haben, fortführen.

Zusammenfassend können wir sagen, dass wir ein weites Feld bearbeiten, das manchmal schon zu umfassend ist, das aber immer wieder neue Möglichkeiten der Weiterentwicklung bietet. Deshalb lohnt es sich, Suchtprävention an einer beruflichen Schule in den verschiedensten Formen zu betreiben! Zu zweit macht dies nicht nur mehr Freude, sondern ist auch hilfreich für die Arbeit an sich! Gerne diskutieren wir mit anderen über unsere Erfahrungen und Erkenntnisse.

Christiane Röschner und Margret Wiemer

Die beiden Verfasserinnen hatten sich als Team für eine Oberstudienratsstelle als Beratungslehrerinnen beworben, mit Erfolg. Meines Wissens – und nach anfänglichen Schwierigkeiten mit dem Schulamt – war das einer der ersten Fälle geteilter Oberstudienratsstellen. DS.



DAS NEUE FACHKONZEPT BvB-PRO – EINE SCHÖNE BESCHERUNG?

Ein kleiner Paukenschlag. Ende November 2012 veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit ein neues Fachkonzept „BvB-Pro“ (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme mit produktionsorientiertem Ansatz). Angebote von Produktionsschulen, Jugendwerkstätten und ähnlichen Einrichtungen sind ab jetzt auch neben den bisher bekannten BvB der BA förderbar. Erstmals sind bundesweit im Rahmen des Dritten Sozialgesetzbuches fachliche und strukturelle Kriterien zur Umsetzung von Produktionsschulen formuliert worden. Der Bundesverband Produktionsschulen e.V. war an der Erstellung dieses Fachkonzepts beteiligt.

Bei der Gesamtfinanzierung weicht die BvB-Pro allerdings erheblich von der bestehenden Berufsvorbereitung ab, denn eine Kofinanzierung von mindestens 50% muss gewährleistet sein. Hier sollen Dritte wie die Bundesländer und/oder Kommunen beteiligt werden. Auch das vorhandene Vergaberecht muss weiter Anwendung finden. Hierin besteht aber nun der Casus Knacktus bei der Umsetzung dieses Förderangebotes. Wir bewegen uns beim SGB III im Rahmen eines Gesetzes mit eindeutigem Schwerpunkt der Arbeitsmarktintegration. Die bisherigen erfolgreichen Produktionsschulansätze in Deutschland bewegen sich aber genau an der Schnittstelle zwischen (Beruflicher) Bildung, Jugendberufshilfe und Arbeitsförderung. Weiter hat die seit 2005 gängige Ausschreibungspraxis der Agenturen durch Preisdumping bisher nachhaltige Qualitätsangebote behindert.

Tatsache ist: Es existiert in Deutschland kein einheitlicher Typus von Produktionsschulen; gleichwohl gibt es zentrale Gemeinsamkeiten. So kann in Produktionsschulen die Schulpflicht der allgemein bildenden Schule bzw. der Berufsschule erfüllt werden. Produktionsschulen nehmen in einigen Bundesländern z.B. von Ausgrenzung bedrohte Schülerinnen und Schüler (Schulverweigerer) ab Klasse 8 auf, bereiten sie auf die Rückkehr in Regelschulen vor und/oder vermitteln ihnen außerhalb des

Regelschulangebotes einen Schulabschluss. Produktionsschulen bieten auch den nicht mehr schulpflichtigen, noch nicht voll ausbildungsfähigen jungen Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt weder eine Berufsausbildung noch eine Beschäftigung finden oder eine Ausbildung abgebrochen haben, arbeitsmarktliche Anschlussperspektiven. Produktionsschulen können auch als außerbetriebliche Ausbildungsstätten duale berufliche Ausbildung durchführen und als soziale Betriebe des zweiten Arbeitsmarktes im Rahmen der Nachqualifizierung fungieren.

Das neue Förderkonzept „BvB-Pro“ mit seinen aktuellen Fördervoraussetzungen kann aber nur einen Teil der Lernenden z.Zt. finanzieren.

Jetzt stellt sich die Frage, wie kann Produktionsschule insgesamt als Förderangebot in das zukünftige System des Übergangsschule – Beruf flächendeckend verankert und finanziert werden. Verschiedene Überlegungen und Ansätze (z. B. Bertelsmann Stiftung, DGB) bzw. Umsetzungskonzepte (z. B. NRW, Hamburg) zur Reform des Übergangs liegen bereits vor.

Intransparenz, Strukturdefizite und mangelnde Effizienz des derzeitigen „Übergangssystems“ schienen mit dem demografischen Wandel beseitigbar. Erst der entstehende Fachkräftemangel aber erzeugt jetzt den notwendigen Druck zur Problemlösung. Jetzt ist es an der Zeit, Produktionsschulen zu verstetigen und als pädagogische Antwort in ein neues Übergangssystem als Teil des deutschen Bildungssystems einzupflanzen.

Informationen zum neuen Fachkonzept: www.arbeitsagentur.de.

Weitere Informationen zum Themenfeld Produktionsschule: www.bv-produktionsschulen.de

*Martin Mertens
Bundesverband Produktionsschulen*

TERMINE

17. Hochschultage Berufliche Bildung 2013 „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“

Berufliche Bildung, Qualifikation und Fachkräftebedarf im Zeichen des demographischen Wandels

Die Hochschultage finden vom 13. bis 15. März 2013 in Essen statt. Inzwischen steht das Programm fest: 18 Fachtagungen und 23 Workshops. Näheres (Newsletter, Ankündigungsflyer und Anmeldungen) unter www.hochschultage-2013.de

Arbeitswelt- und Berufsorientierung an Schulen

Bundesweite LehrerInnenfortbildung von GEW und IG Metall 16. bis 17. April 2013 in Berlin, IG Metall-Bildungsstätte

Die Fortbildung dient der Diskussion bildungspolitisch und pädagogisch sinnvoller Konzepte der Arbeitswelt- und Berufsorientierung und dem Erfahrungsaustausch über Ländergrenzen und Schulformen hinweg. Seminar- und Übernachtungskosten werden für Gewerkschaftsmitglieder übernommen. Infos und Anmeldung über martina.schmerr@gew.de